



RECHENSCHAFTSBERICHT des Vorstands 2010 - 2011

vorgelegt zur Mitgliederversammlung am 24. September 2011

Bericht für die Zeit
September 2010 bis August 2011

Vorschau auf 2012

Finanzbericht 1.1. - 31.12.2010

Germanwatch e.V.

Büro Bonn: Dr. Werner-Schuster-Haus, Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Tel.: +49 (0) 228 60492 -0 Fax: +49 (0) 228 60492-19

Büro Berlin: Schiffbauerdamm 15, D-10117 Berlin
Tel.: +49 (0) 30 2888 356-0 Fax: +49 (0) 30 2888 356-1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org

Spendenkonto 32 123 00, Bank für Sozialwirtschaft AG, BLZ 10020500

Inhalt

A	Politische Rahmenbedingungen	3
B	Die Basis unserer Arbeit	5
C	Unsere Arbeit	8
	Internationale Klimapolitik	8
	Nationale und EU-Klima- und Energiepolitik	14
	Klimabildung und Verbraucherinformation	20
	Welthandel und Ernährung	21
	Unternehmensverantwortung	24
	Entwicklungsfinanzierung	27
	Presse- und Öffentlichkeitsarbeit	27
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	30
E	Finanzbericht für das Kalenderjahr 2010	31
F	Ausblick	38
G	Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen	39

A Politische Rahmenbedingungen

Die zentralen Themen von Germanwatch gewinnen immer mehr an Aktualität:

- Die Hungersnot in Teilen Afrikas rückt das Thema „Recht auf Nahrung“ erneut ins Zentrum globaler Verantwortung.
- Die Frage der Finanzierung von drängenden Zukunftsinvestitionen im Kampf gegen die Armut, für die Ernährungssicherung und für Klimaschutz und -anpassung gewinnt in immer prekärerer finanzpolitischer Lage fast täglich an Aktualität.
- Zugleich wird in der internationalen Klimadiplomatie vor dem Klimagipfel in Durban (Südafrika, Dezember 2011) immer deutlicher, dass der UN-Prozess, so wichtig er nach wie vor ist, auf sich alleine gestellt nicht die notwendigen Klimaschutz-Fortschritte erreichen wird. Ergänzend bedarf es bi- und plurilateraler Koalitionen mit einzelnen Staaten(gruppen) – mit China, mit Indien, mit Südafrika, mit der MENA-Region¹ – um Dynamik jeweils zu Hause und international zu erzeugen.
- In die internationale Rahmensetzung für Verantwortungsübernahme von Unternehmen kommt neuer Schwung. Im März legte der UN-Sonderbeauftragte für Wirtschaft und Menschenrechte, John Ruggie, Guiding Principles vor. Diese Leitsätze für Staaten und Unternehmen im Bereich Wirtschaft und Menschenrechte hat der UN-Menschenrechtsrat im Juni 2011 befürwortet. Die OECD verabschiedete im Mai 2011 die überarbeiteten OECD-Leitsätze für multinationale Unternehmen. Die EU-Kommission wird im zweiten Halbjahr eine Kommunikation zu Corporate Social Responsibility (CSR) veröffentlichen und hat eine Gesetzesinitiative zu Berichtspflichten angekündigt. In Deutschland diskutierte der Deutsche Bundestag Fragen von Unternehmensverantwortung.

Ernährungssicherung, Finanzierung für Klima, Ernährung und Entwicklung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung – das gut besuchte diesjährige Jubiläum (20 Jahre Germanwatch) am 14./15. April im Berliner Umweltforum zeigte erneut, dass die von uns entwickelten und im politischen Diskurs angesprochenen Themen zeitgemäß und wichtig sind.

Für unser Engagement ist die Verantwortung Deutschlands – und der EU – in der Welt ein zentraler Ausgangspunkt, wobei wir stets über den eigenen Tellerrand hinausblicken und mit Weitblick und globaler Perspektive an die Probleme herangehen möchten. Die Menschen im Süden und der Einsatz für die Schwächsten sind dabei Zielpunkt unserer politischen Analysen.

So versuchen wir auf Deutschland, seine Politik und seine Wirtschaft einzuwirken – zum einen um schädliches Handeln zu verhindern, zum anderen um ein gutes Beispiel zu werden, dem möglichst viele andere Länder folgen können.

Die nach Fukushima eingeleitete Energiewende in Deutschland ist sicherlich ein herausstechendes politisches Ereignis im Deutschland der vergangenen Monate. Vor der Sommerpause sind entscheidende Beschlüsse und Gesetze dazu auf den Weg gebracht worden. Wir haben als Germanwatch an vielen Stellen mitgewirkt, dass es im weitgehenden gesellschaftlichen und politischen Konsens dazu gekommen ist. Aus globaler Perspektive ist zentral, dass die deutsche Energiewende im Gesamtergebnis als Erfolg auf dem Weg zu einem risikoarmen Energiesystem wahrgenommen wird. Der notwendige Netzausbau könnte zum größten Flaschenhals der Energiewende werden, auch wenn der Bedarf für neue Stromnetze von der DENA-Netzstudie vermutlich deutlich überschätzt wird.

Es wird spannend zu sehen, ob die Euro-Krise zur EU-Krise wird. Oder ob die EU im Gegenteil in der Krise zur notwendigen Handlungsfähigkeit findet. Hier sind nun alle Akteure gefragt, einerseits mit Weitsicht, zum anderen aber auch mit schnell wirksamen Instrumenten zusammen zu arbeiten, um die Vertrauenskrisen zu überwinden und ermutigende Perspektiven für die EU und von der EU ausgehend nach vorne zu entwickeln. Deutschland kommt hier eine Schlüsselrolle zu. An einer Entschuldung und entsprechenden Insolvenzlösung einiger Staaten wird man wahrscheinlich nicht vorbeikommen. Alte Forderungen der Erlassjahr-Kampagne, die einmal für arme Staaten der einst als „Dritte Welt“ be-

¹ Middle East and North Africa

zeichneten Weltregionen entwickelt wurden, erlangen heute in der EU hohe Aktualität und werden jetzt vom Mainstream diskutiert.

Von großer Bedeutung waren in den letzten Wochen und Monaten die – oft mit dem Internet verknüpften – neuen Protestbewegungen in unterschiedlichsten Ländern. Sie sind auch ein Zeichen, dass die global und in den meisten Staaten immer größere Kluft zwischen Arm und Reich zu explodieren droht, wenn nicht massiv gegengesteuert wird. Aber sie zeigen auch, dass die junge Generation sich das Recht auf politische und ökonomische Teilhabe nicht nehmen lassen will. Die Unruhen in Griechenland und zuletzt Großbritannien zeigen, dass der soziale und politische Friede auch in den Industrieländern nicht gewährleistet ist. Harte Sparmaßnahmen treffen häufig die Schwächsten. Notwendige Sparpolitiken müssen damit verknüpft werden, die Umverteilung von unten nach oben umzukehren. Sonst entsteht ein nicht mehr zu steuernder sozialer Zündstoff.

In der arabischen Welt gab es einen kraftvollen politischen Aufbruch. Dieser ist aber in einigen Ländern durch Waffeneinsatz und brutale Unterdrückung stecken geblieben. In anderen Ländern werden die Kräfte der Reaktion stärker – auch weil die EU nicht im notwendigen Ausmaß die Hand zur Kooperation reicht.

Die neue kraftvolle Präsenz der Schwellenländer, ihre Wirtschaftskraft und ihr Selbstbewusstsein sind neue Koordinaten, die das Kräftefeld dieses Planeten bestimmen. Doch auch sie werden die globale Finanzkrise nicht allein bewältigen oder verhindern können. Ein Kollaps der USA würde China z. B. erheblich bedrohen, da das Reich der Mitte massiv in den USA sein Geld angelegt hat. Und auch in China selbst werden die Anzeichen einer Immobilienblase deutlicher, die jederzeit platzen könnte.

Die internationale Politik, die UN-Ebene, aber auch die G20 haben in den letzten Monaten nicht wirklich ein hohes Problemlösungsvermögen an den Tag gelegt. Aber auch diverse bilaterale Verabredungen haben nicht wirklich für die Beruhigung gesorgt, die nötig wäre. Insbesondere der zwar im Abstieg befindliche, aber immer noch mächtigste Staat der Welt, die USA, zeigt sich immer weniger in der Lage, international die notwendigen Akzente zu setzen. Die EU wäre dringend gefordert, dieses Vakuum kraft- und verantwortungsvoll zu füllen.

Nicht alleine die Politik ist gefragt. Wo möglich Kooperationen, wo nötig Konfrontationen mit Unternehmen sind notwendig, um die menschenrechtlichen, sozialen und ökologischen Rahmensetzungen in der EU und global voranzutreiben.

Wir freuen uns, dass wir uns – auch dank unserer vielen Unterstützer – in diesen Themenfeldern zu einer anerkannten und gut vernetzten Nichtregierungsorganisation entwickeln konnten. Unser Ansatz ist es dabei, mit guten Argumenten und strategischen Überlegungen wichtige Impulse zu setzen.

Von den Früchten unserer Arbeit im Spannungsfeld Politik-Wirtschaft-Zivilgesellschaft-Wissenschaft berichtet Kapitel C. Zunächst möchten wir jedoch im folgenden Kapitel einige wichtige Grundlagen herausstellen, auf denen unsere Arbeit aufbaut.

B Die Basis unserer Arbeit

Dank einer zunehmenden Unterstützung unserer Aktivitäten durch Mitglieder und Förderer sowie der Anstrengungen eines großen Teams aus haupt- und ehrenamtlichen Kräften konnte Germanwatch auch in den vergangenen zwölf Monaten vieles bewegen. Diese Basis unserer Arbeit und ihre Entwicklung möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträge und Zuschüsse werden dagegen in einem eigenen Kapitel (Finanzbericht, Kap. E) hervorgehoben.

Mitglieder

Die Gesamtzahl der Mitglieder ist im langjährigen Trend leicht steigend (siehe Tabelle) und beträgt 560, darunter 352 stimmberechtigte Mitglieder, 201 Fördermitglieder und 7 Ehrenmitglieder (Stand Anfang August 2011). Darüber hinaus unterstützen zahlreiche Menschen Germanwatch durch Spenden, Zustiftungen an die Stiftung Zukunftsfähigkeit und durch aktive Mitarbeit, u. a. in unserem UN-Klimaverhandlungs-Team und in der Hamburger und Münchener Regionalgruppe.

Neu zum Kreise der Ehrenmitglieder zählen seit April 2011 Jennifer Morgan, ehemals u. a. beim WWF sowie der britischen Think-Tank-Organisation E3G und jetzt beim World Resources Institute aktiv, und Ignacio Campino, Beauftragter des Vorstands des Konzerns Deutsche Telekom für Nachhaltigkeit und Klimaschutz. Beide zeichnete der Germanwatch-Vorstand mit der Ernennung für ihr außerordentliches Engagement und Wirken für gemeinsame Ziele aus und dankte ihnen auf diesem Wege für die gute langjährige Zusammenarbeit.

Mitgliederentwicklung seit 2003

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011
440	447	457	478	526*	542*	494	535	560

*einschließlich befristeter Mitgliedschaften (Ökostrom-Aktion, siehe Rechenschaftsbericht 2009)

MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe folgende Kästen).

Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Zum Germanwatch-Team zählen neben hauptamtlichen und Honorarkräften auch ehrenamtliche MitarbeiterInnen und PraktikantInnen.

In gemeinsamen Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden (so zuletzt im September 2010, im Februar 2011 und aktuell im September 2011) fanden und finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.



Das Germanwatch-Team auf der Herbstklausur 2011 in Müncheberg-Trebnitz

Germanwatch-Vorstand

Durch die Mitgliederversammlung am 26.9.09 auf die Dauer von zwei Jahren gewählt (mit Nachwahl der Stellv. Vorsitzenden am 25.9.10):

- Klaus Milke, Vorstandsvorsitzender
- Anne-Kathrin Kirchhof, Stellvertretende Vorsitzende
- Lutz Morgenstern, Schatzmeister

Weitere Mitglieder des Vorstands:

- Prof. Dr. Carlo Jaeger
- Tilman Santarius
- Dr. Klemens van de Sand
- Dr. Hendrik Vygen
- Michael Windfuhr

MitarbeiterInnen der Germanwatch-Büros

Geschäftsführung

Christoph Bals

Politischer Geschäftsführer

Dr. Gerold Kier

Administrativer Geschäftsführer

MitarbeiterInnen Büro Bonn

Tel. : +49 (0)228 / 60 492-0

Damian Arikas

Campaigner 100 Prozent Zukunft

Tobias Austrup

Campaigner 100 Prozent Zukunft

Jan Burck

Referent Klimaschutz-Index, Szenarien und Emissionshandel

Katrin Enting (bis 01/2011)

Referentin für Klimafinanzstrategien

Katrin Fillies

Redakteurin

Sven Harmeling

Referent für Klima und Entwicklung

Alpha Kaloga

Referent Anpassung an den Klimawandel

Anne Koch (bis 04/2011)

Referentin der Geschäftsführung

Ulrike Koll (ab 08/2011)

Finanzreferentin

Sönke Kreft

Referent Klima und Versicherung

Denise Matias (bis 08/2011)

Beraterin für Klima und Entwicklung Südostasien

Judit Mays (ab 01/2011)

Assistenz der Administrativen Geschäftsführung

Pascal Molinario

Referent für Öffentlichkeitsarbeit, Spender- und Mitglieder-service

Larissa Neubauer

Referentin für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Ludger Reuke

Referent für Entwicklungspolitik

Stefan Rostock

Referent Informations- und Bildungsarbeit für Klima und Entwicklung. NRW-Fachkoordinator für Klima & Entwicklung

Boris Schinke (ab 04/2011)

Referent für Klima und Sicherheit

Rixa Schwarz

Referentin für Klima und Sicherheit

Andrea Taubert

Sekretariat und Projektassistentz

Dr. Manfred Treber

Klima- und Verkehrsreferent

Inka van Bergen (bis 07/2011)

Finanzreferentin

MitarbeiterInnen Büro Berlin

Tel.: +49 (0)30 / 28 88 356 -0

Katrin von Hagke (geb. Ansel)

Referentin für klimafreundliche Beschaffung

Oldag Caspar

Referent für Klimaaußenpolitik

Jochen Dallmer (bis 12/2010)

Projektmitarbeiter Unternehmensverantwortung

Ljiljana Djuric

Sekretariat und Projektassistentz

Anja Esch

Referentin für internationale Klimafinanzierung

Kristin Gerber

Referentin für Wald- und Klimaschutz (REDDplus)

Linde Griebhaber (ab 01/2011)

Referentin für Klimafinanzstrategien und Investitionen

Cornelia Heydenreich

Referentin für Unternehmensverantwortung

Marco Klemmt

Referent für Welthandel und Ernährung

Johanna Kusch

Referentin für Unternehmensverantwortung

Brick Medak (bis 03/2011)

Referent für deutsche Klima- und Energiepolitik
Projektleiter Kampagne 100 Prozent Zukunft

Tobias Pforte-von Randow

Referent für klimafreundliche Beschaffung

Tobias Reichert

Referent für Welthandel und Ernährung

Susan Weide (ab 01/2011)

Referentin Klimakooperation Wirtschaft und NGOs

PraktikantInnen, weitere ehrenamtliche Unterstützer und Honorarkräfte

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Marufa Akter, Manuela Blechschmidt, Cornelius Dahm, Leonie Dorn, Daniel Euler, Thomas Friedrich, Lukas Groten, Eva Hall, Sabine Hartig, Florian Hideg, Birgit Korte, Alexandra Kovalenko, Karoline Kraft, Kristian Näschen, Lindsay Parker, Tatjana Regh, Marion Reichardt, Alexander Reif, Rebekka Sackel, Mareike Schaal, Hanna Schmole, Anna Sahar Syawash, Oliver Tietjen, Vitali Unrau, Nikolas von Wysiecki, Philipp Wesche, Maximilian Witting.

Als Honorarkräfte oder ehrenamtliche Unterstützer wirkten u. a. mit: Simone Ackermann, Daniela Baum, Dörte Bernhardt, Jochen Dallmer, Dr. Wilhelm Frank, Christoph Hessling, Frank Kühn, Heidrun Müller, Steffi Osterheld, Bianca Schlußmeier, Oliver Tietjen, Dr. Winfried Zacher. Wir danken auch allen Aktiven unserer Regionalgruppen in Hamburg und München für ihr Engagement.

Die Leitung der Arbeit in den beiden Büros in Bonn und Berlin liegt weiterhin in der Hand des Administrativen Geschäftsführers Dr. Gerold Kier und des Politischen Geschäftsführers Christoph Bals. Unterstützt wurden sie hierbei bis Ende April 2011 von der Geschäftsführungs-Referentin Anne Koch (eine Neubesetzung der Stelle läuft derzeit) sowie ab Januar 2011 von der Administrativen Geschäftsführungsassistentin Judit Mays. Das Finanzmanagement (zu wichtigen Kennzahlen vgl. Kapitel E) lag bis Juli 2011 in der Hand von Inka van Bergen, im August trat Ulrike Koll ihre Nachfolge als Finanzreferentin an. Ljiljana Djuric und Andrea Taubert unterstützen das Team weiterhin in den Bereichen Projektassistenz und Sekretariat. Die Arbeit der Fachreferent(inn)en und weiteren Mitarbeiter wird im Kapitel C ausführlicher dargelegt.

Spender- und Mitglieder-Service sowie Fundraising

Mit Pascal Molinario, der im Juli 2010 seine Arbeit bei Germanwatch begann, steht den Mitgliedern und SpenderInnen nun ein fester Ansprechpartner zur Verfügung. Als Basis für eine zukünftige Fundraising-Strategie wurde eine Status-Analyse der bisherigen Maßnahmen vorgenommen. Daraufhin wurden als eine erste Maßnahme die Spendenbriefe und der Spendenbeileger in der Germanwatch-Zeitung Weitblick überarbeitet.

Als niedrighwelliges Spendeninstrument haben wir die Möglichkeit geschaffen, per SMS 5 Euro an Germanwatch zu spenden: Spender können jetzt einfach das Stichwort „WEITBLICK“ per SMS an die Telefonnummer 8 11 90 senden und mit 5 Euro die Arbeit von Germanwatch unterstützen.²

Im nächsten Jahr möchten wir unsere Anstrengungen zum Einwerben von Spenden und Mitgliedsbeiträgen weiter verstärken, um unsere Arbeit für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen intensivieren zu können. Hier möchten wir verstärkt mit Aktions- und Anlass-Spenden sowie einer „Mitglieder-werben-Mitglieder“-Aktion und Geschenk-Mitgliedschaften arbeiten.

Auch beim Ausbau der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit sind wir einen guten Schritt weitergekommen. So wurde der 60. Geburtstag des Germanwatch-Vorstandsvorsitzenden Klaus Milke im Herbst 2010 genutzt, um mehr als 33.000 Euro an Anlass-Spenden sowie Zustiftungen zu sammeln. Ein gutes Beispiel, dass spezifische Anlässe für das Fundraising sehr hilfreich sein können.

Als Service für unsere Mitglieder haben wir diese wieder regelmäßig mit Informationen über die Arbeit von Germanwatch versorgt:

- mit dem Mitgliederrundbrief per Post und per E-Mail (4 Ausgaben) sowie
- mit den Kurznachrichten per E-Mail (7 Ausgaben)

Allen, die unsere Arbeit finanziell unterstützen, sowie dem gesamten Germanwatch-Team aus hauptamtlichen, ehrenamtlichen und Honorarkräften einschließlich des Vorstands, Kuratoriums und des Beirats der Stiftung Zukunftsfähigkeit möchte der Germanwatch-Vorstand an dieser Stelle herzlich für ihren Einsatz danken.

² Mehr Informationen unter: www.germanwatch.org/sms

C Unsere Arbeit

Die Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich auch im betrachteten Zeitraum in vier große Arbeitsfelder, zwischen denen es vielfältige Wechselwirkungen gibt: Klima, Welthandel & Ernährung, Verantwortung der Unternehmen, Entwicklungsfinanzierung. Dabei haben wir übergreifend entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine globale und nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Internationale Klimapolitik

Bewertung des Klimagipfels von Cancún und des UN-Verhandlungsprozesses

Der UN-Klimagipfel im mexikanischen Cancún im Dezember 2010 stoppte die Abwärtsspirale, die nach dem enttäuschenden Ergebnis des Klimagipfels von Kopenhagen 2009 in Gang gekommen war. Germanwatch war mit einem fast zehnköpfigen Team in Cancún, um diese Trendwende zu unterstützen. Hier konnte Germanwatch insbesondere durch die Mitarbeit von Alpha Kaloga, Qian Cheng und Denise Matias die Kontakte zu den afrikanischen bzw. südostasiatischen Delegationen intensivieren.

Die Cancún-Ergebnisse³ können zur Grundlage für eine Übergangphase bis 2015 werden, um dann zu größerer Ambition und einem rechtlich verbindlichen Abkommen zu kommen. Zum ersten Mal einigte sich die internationale Staatengemeinschaft in Cancún darauf, den globalen Temperaturanstieg auf weniger als zwei Grad gegenüber vorindustriellem Niveau zu begrenzen. Allerdings würden die in den Cancún-Agreements festgehaltenen Reduktionsziele einen Temperaturanstieg auf drei bis vier Grad zulassen – und sie sind noch nicht einmal rechtlich verbindlich. Die Staatengemeinschaft war ehrlich genug, diesen Widerspruch anzuerkennen und beschloss einen Reviewprozess, um eine Strategie zu erarbeiten, wie diese Lücke bis 2015 geschlossen werden kann.

Im Bereich der Anpassung, des Regenwaldschutzes und der Finanzierungsarchitektur gab es deutliche Fortschritte.

Die Implementierung der bisherigen Beschlüsse ist eine wichtige Grundlage, um nun eine Aufwärtsspirale in Gang zu setzen. Zugleich aber geht es darum, bis 2015 zu den notwendigen Beschlüssen für ein rechtlich verbindliches Abkommen (oder auch zwei) zu kommen, wodurch zugleich die Ziele nachgeschärft werden können. Der UN-Klimagipfel in Durban Ende 2011 hat die Aufgabe, den Weg für diese Doppelstrategie – Implementierung und Ausrichtung auf ein neues Abkommen – voranzubringen. Zentral ist dabei, dass eine konstruktive Antwort auf die Frage nach der Zukunft des Kyoto-Protokolls gefunden wird.

So wichtig der UN-Prozess nach wie vor ist, es ist auch offensichtlich, dass er alleine nicht die notwendige Dynamik für den internationalen Klimaschutz und die Anpassung an den Klimawandel bringen wird. Germanwatch drängt deshalb auf drei Säulen einer internationalen Klimastrategie:

- Handeln (nationaler Klimaschutz),
- Verhandeln (internationaler Klimaschutz und Anpassung),
- Koalitionen (zwischen Staaten, um sowohl das Handeln, als auch das Verhandeln voranzutreiben).

³ Vgl. Germanwatch-Hintergrundpapier „Cancún legt Grundlage für eine Aufwärtsspirale im internationalen Klimaschutz - jetzt ist die EU am Zug“, www.germanwatch.org/klima/c16k.htm

Klimaschutz-Index 2011

Der Anfang Dezember 2010 herausgegebene Klimaschutz-Index 2011⁴, der die Klimaschutz-Leistungen der Industriestaaten sowie anderer Staaten mit mehr als ein Prozent der globalen Emissionen vergleicht, konnte auf einer noch breiteren Datenbasis und damit in einer noch besseren Qualität als bisher errechnet werden (weltweit 190 Experten beteiligten sich an unserer Fragebogenaktion, das sind 40 mehr als im Vorjahr). Gefördert wurde die Erstellung und Veröffentlichung des Index durch die Barthel-Stiftung und die Europäische Union.

Die Resonanz auf die Veröffentlichung auf der Klimakonferenz in Cancún durch Germanwatch-Mitarbeiter Jan Burck zusammen mit CAN Europe war ähnlich gut wie im Vorjahr: In mehr als 100 Staaten wurde über das Ranking berichtet, dies geschah auch meist in größeren Medien an prominenter Stelle (s. Seite 28). Mit diesem weltweiten medialen Echo sowie mit einer soliden fachlichen Grundlage hinsichtlich wissenschaftlicher Basis und Datenerhebung, trägt der Klimaschutz-Index dazu bei, dass allmählich ein Wettlauf für mehr Klimaschutz entsteht – auch wenn dieser immer noch viel zu langsam ist.

Der Klimagipfel von Kopenhagen (2009) hatte auf internationaler Ebene ein enttäuschendes Ergebnis gebracht. Darum sind wir positiv überrascht, dass im letzten Jahr einige Länder dennoch mit guten nationalen Initiativen reagiert haben. Zum ersten Mal überhaupt bewerteten die Experten im Rahmen der Befragungen zum Klimaschutz-Index die nationale Klimapolitik besser als die internationale.

In dieser Index-Ausgabe liegen Brasilien, Schweden und Norwegen auf dem vierten bis zum sechsten Platz, gefolgt von Deutschland. Schlusslichter sind Saudi-Arabien, Kasachstan, Australien und Kanada. Brasilien konnte den vierten Platz aus dem Vorjahr verteidigen. Die ersten drei Plätze blieben aber erneut frei. Diese sind reserviert für Länder, die ihren Anteil zum Klimaschutz umsetzen, um einen gefährlichen Klimawandel zu vermeiden.

Durch einen im Verhältnis zu anderen Ländern positiven Emissionstrend hat Deutschland das Potenzial, im Klimaschutz-Index weiter vorne zu stehen als nur auf dem siebten Platz. Das Ergebnis von Ende 2010 zeigt aber: Trotz eines umfassenden Energiekonzeptes der Bundesregierung (bewertet wurde hier das erste Energiekonzept) waren die Experten enttäuscht. Die festgelegten Reduktionsziele weisen zwar den Weg, werden aber nicht von den zur Zielerreichung notwendigen Maßnahmen flankiert. Vor allem die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und das damit verbundene Investitionshemmnis für Erneuerbare Energien und Energieeffizienz wurden kritisiert.

Die beiden größten Emittenten, China und die USA, sind im Vergleich zum Vorjahr abgerutscht. China liegt im Klimaschutz-Index auf Platz 56, die USA auf Platz 54. Die USA zeigen eine sehr schlechte Leistung in Bezug auf die Emissionen und Klimapolitik. Chinas gute Politikbewertung verhindert ein stärkeres Abrutschen im Klimaschutz-Index. Bei einer reinen Betrachtung der nationalen Klimapolitikbewertung könnte China auf einem der ersten Ränge liegen, allerdings verschlechtert der starke Emissionsanstieg des Landes seine Platzierung im Index. Die verbesserte chinesische Klimapolitik wird sich in Zukunft hoffentlich auch in einem besseren Emissionstrend widerspiegeln.

China hat seine nationale Klimapolitik erst kürzlich verbessert. Dazu zählt eine Gesetzgebung, die auch die Erneuerbaren Energien unterstützt. Hier ist China bereits Marktführer. Dies ist ein gutes Beispiel dafür, dass die nationale Klimapolitik im Klimaschutz-Index insgesamt besser bewertet wurde. Eine Ausnahme sind die USA, wo der Senat die nationale Gesetzgebung blockiert hat. Dies hat auch für eine niedrige Platzierung gesorgt. Die Regierung von Obama ist deshalb jetzt gezwungen auf die bestehenden Gesetze und neue Verordnungen zurückzugreifen, um Emissionen zu begrenzen.

Anpassung und UNFCCC-Klimafinanzierung

Von der globalen klimapolitischen Ambition, aber auch von der konkreten Umsetzung von Maßnahmen werden die Zukunftsperspektiven v. a. der besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen und Länder maßgeblich geprägt sein. Germanwatch versucht hier auf verschiedenen Ebenen, eine ambitionierte Klimapolitik zu unterstützen, die von den Bedürfnissen und den Handlungsmöglichkeiten der besonders Verletzlichen ausgeht. Die UN-Klimaverhandlungen bleiben nach wie vor der relevanteste

⁴ Klimaschutz-Index 2011: www.germanwatch.org/klima/ksi.htm

globalpolitische Kontext für einen umfassenden Klima-Ansatz, der Anpassung und die Folgen, die Reduktion von Emissionen und eine entsprechende Unterstützung für die Entwicklungsländer, insbesondere durch Klimafinanzierung, beinhaltet.

Die Germanwatch-Aktivitäten in diesem Bereich wurden vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt, dem Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der GTZ (jetzt GIZ), der Europäischen Union, der Hansestadt Hamburg, Brot für die Welt und WWF UK gefördert.

Verhandeln: Anpassung an die Klimafolgen und Klimafinanzierung unter UNFCCC

Im Vorfeld des Klimagipfels von Cancún, der die internationale Politik aus dem „Post-Kopenhagen-Koma“ wieder herausgeholt hat, aber auch in den ersten Monaten 2011 hat Germanwatch die UN-Klimaverhandlungen weiterhin intensiv verfolgt. Mit der Vereinbarung des „Cancún Adaptation Framework“ ist erstmals ein internationaler Rahmen für die Zusammenarbeit zur Anpassung vereinbart worden. Im Dialog mit Verhandlern und Regierungen aus Entwicklungs- wie auch Industrieländern haben wir uns für einen solchen Rahmen zur Unterstützung der Anpassung in Entwicklungsländern eingesetzt, insbesondere mit dem Ziel, die besonders betroffenen Bevölkerungsgruppen und Länder in den Mittelpunkt zu rücken. Die weitere Konkretisierung einzelner Beschlüsse steht gerade auch für 2011 auf der Agenda.

Dabei arbeiten wir eng mit Partnern zusammen, z. B. mit Brot für die Welt und dem WWF, aber auch verschiedenen Organisationen aus Entwicklungsländern. Sven Harmeling fungiert zudem seit Mitte 2008 als Co-Vorsitzender der Anpassungsarbeitsgruppe des Climate Action Network International (CAN), was dabei geholfen hat, viele Germanwatch-Überlegungen auch im breiteren Kreis der Nichtregierungsorganisationen (NRO) zu diskutieren und zum Teil als Positionen zu vereinbaren.

Nach den Beschlüssen von Cancún, u. a. zur Einrichtung des Green Climate Fund, spielt auch die Konkretisierung im Bereich Klimafinanzierung eine wichtige Rolle. Germanwatch verfolgt intensiv den Prozess des Transitional Committee, das zur Ausarbeitung des Green Climate Fund eingesetzt wurde und bei dem auch die deutsche Bundesregierung eine wichtige Verantwortung hat. Der engen Abstimmung mit anderen NRO kommt dabei eine wichtige Rolle zu. Sowohl in Deutschland im Kontext des Verbands Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen VENRO, in dem Sven Harmeling Sprecher der Klima-AG ist, als auch in der CAN-Arbeitsgruppe zu Finanzierung, in der Linde Griebhaber und Sven Harmeling aktiv sind.

Handeln: Aufbau eines Netzwerks zum Adaptation Fund und Klimaversicherung

Gerade auch mit Blick darauf, dass die Anpassungsgelder den besonders Betroffenen zugute kommen, begleitet Germanwatch konstruktiv-kritisch die Entwicklung des Anpassungsfonds (Adaptation Fund, AF) unter dem Kyoto-Protokoll. Seit Ende 2010 können wir die begleitende Arbeit, die u. a. die Erstellung von unabhängigen Berichten zu den Treffen des AF-Steuerungsgremiums beinhaltet, um eine zentrale Komponente erweitern: In einem aus der Internationalen Klimaschutzinitiative geförderten Projekt arbeiten Alpha Kaloga und Sven Harmeling an dem Aufbau eines internationalen NRO-Netzwerkes, das insbesondere auf die aktive Unterstützung von NRO aus Entwicklungsländern abzielt, wo Projekte durch den Adaptation Fund umgesetzt werden sollen. Erste Partnerschaften mit NRO aus Honduras, Senegal, Jamaika und Benin wurden geschlossen mit dem Ziel, dass die Partner in ihren Ländern eine zentrale Rolle bei der zivilgesellschaftlichen Begleitung der Umsetzung von AF-Projekten spielen, die den besonders verletzlichen Bevölkerungsgruppen zugute kommen (s. auch www.af-network.org). Viele positive Rückmeldungen auch der Mitglieder des AF-Steuerungsgremiums bestätigen die Notwendigkeit und Wichtigkeit dieser zivilgesellschaftlichen Begleitfunktion.

Den Bereich Klimaversicherungen als Anpassungskonzept bei Extremwetterereignissen, etwa für Kleinbauern in Entwicklungsländern, verfolgt Germanwatch seit Jahren intensiv in den Klimaverhandlungen. Dies geschieht zunehmend im Verbund der Munich Climate Insurance Initiative (MCII), bei der Christoph Bals Vorstandsmitglied ist und in der Germanwatch-Referent Sönke Kreft aktiv mitarbeitet. In der ersten Hälfte 2011 begannen Vorbereitungen für ein größeres Projekt, das die Chancen und Hindernisse von Mikroversicherung im regionalen Kontext der Karibik identifizieren und die Entwicklung von angemessenen Versicherungslösungen unterstützen soll.

Die internationale Klimafinanzierung: Deutschland als Vorreiter etablieren

Wie eine angemessene, voraussagbare und langfristige Finanzierung von Klimaschutz, Anpassung und Regenwaldschutz in Entwicklungs- und Schwellenländern sichergestellt werden kann, diese Frage spielt in der internationalen Klimapolitik eine zentrale Rolle. Spätestens seit der Klimakonferenz in Kopenhagen 2009 gilt die Klimafinanzierung als wichtiges, vertrauensbildendes Element zwischen Industrie- und Entwicklungsländern. Von der Finanzierungsfrage hängt es maßgeblich ab, ob sich die im letzten Jahr bei den Klimaverhandlungen in Cancún angetriebene Aufwärtsspirale bis 2015 weiter nach oben schraubt – und ob am Ende ein Klimaabkommen mit ambitionierten Reduktionszielen in greifbare Nähe rückt.

Zur Vermeidung des Unbewältigbaren – will man einen ungebremsten Klimawandel verhindern – braucht es gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern massives „Klimainvestment“ zur Umsetzung von Low-Development-Strategien. Deshalb ist die grundlegende Klärung der Finanzierungsfrage – nicht nur aus verhandlungstaktischen Gründen, sondern auch fürs Weltklima – so essentiell. Germanwatch trägt der Bedeutung dieses komplexen Themas besonders Rechnung. Dies zeigt sich vor allem darin, dass sich Germanwatch in allen drei Bereichen des Dreiklangs *„Handeln, Verhandeln und Koalitionen,“* mit der Thematik befasst und das Anliegen dem jeweiligen Bereich entsprechend politisch voranbringt.

Das betrifft zunächst den Bereich nationales *„Handeln“*: Die Industrieländer haben im sogenannten Kopenhagen-Akkord zugesagt, von 2010 bis 2012 insgesamt 30 Mrd. US-Dollar als Schnellstartfinanzierung für Entwicklungsländer bereitzustellen – bis 2020 soll die Summe auf 100 Mrd. USD-Dollar pro Jahr anwachsen. Deutschlands Beitrag zur Schnellstartfinanzierung entspricht 1,26 Mrd. Euro. Die deutsche Umsetzung dieser Zusage war Germanwatch ein besonderes Anliegen, weshalb 2010 ein neues Projekt ins Leben gerufen wurde, das nun schon im zweiten Jahr von der European Climate Foundation finanziert wird. Anja Esch, seit Juli 2010 in diesem Projekt als Referentin für internationale Klimafinanzierung tätig, hat sich im Rahmen ihrer Lobbyarbeit im letzten Jahr verstärkt für eine glaubwürdige Umsetzung der Kopenhagen-Zusage im Parlament eingesetzt. Gemeinsam mit anderen NRO konnte Germanwatch zur Bewusstseinsbildung hinsichtlich einer angemessenen Klimafinanzierung bei den relevanten Entscheidungsträgern beitragen. Zwar ist die Umsetzung der Schnellstartfinanzierung aufgrund der „Doppelzählung“ alter Zusagen unzureichend, dennoch haben Parlament und Regierung die Klimafinanzierung – zumindest im Ansatz – in ihrer Bedeutung erkannt. Denn die Errichtung des Sondervermögens „Energie- und Klimafonds“ im Herbst letzten Jahres zur Finanzierung nationaler und internationaler Klimaschutzmaßnahmen ist eine durchaus positive Entwicklung. Ab nächstem Jahr fließen alle Versteigerungserlöse aus dem Emissionshandel in den Fonds – ab 2013 werden mehr als 3 Mrd. Euro jährlich erwartet. Wichtiger Forderungspunkt auf der Agenda von Germanwatch wird deshalb sein, dass Deutschland mindestens ein Drittel der Einnahmen im Sondervermögen für *internationale* Klimafinanzierung verwendet. Zudem wird sich Germanwatch dafür einsetzen, dass die neuen Mittel eine sinnvolle Verwendung finden und innovative Implementierungsinitiativen auf den Weg gebracht werden. Außerdem will Germanwatch Deutschlands Vorreiterrolle innerhalb der EU hinsichtlich der Etablierung des Sondervermögens bewerben: Denn die Zweckbindung der Emissionshandelserlöse zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen sollte innerhalb der EU Schule machen.

Der Bereich *„Verhandeln“* im UNFCCC-Kontext ist für die internationale Klimafinanzierung natürlich zentral: Katrin Enting, bis Januar 2011 als Referentin für Klimafinanzstrategien ebenfalls im neuen Projekt tätig, hat in enger Kooperation mit der entsprechenden Arbeitsgruppe des Climate Action Network International die Klimaverhandlungen – besonders hinsichtlich der Einführung innovativer Finanzierungsinstrumente – intensiv verfolgt. Wichtige positive Entwicklung während der Klimaverhandlungen in Cancún im Dezember letzten Jahres war diesbezüglich die Etablierung des Green Climate Fund (GCF), der nun bis zur nächsten Klimakonferenz in Durban, Südafrika, operationalisiert werden soll. Mit der konkreten Ausgestaltung des GCF beschäftigt sich derzeit das „Transitional Committee“ (TC), dessen Arbeit nun Linde Griebhaber intensiv begleitet. Sie hat im Februar 2011 die Nachfolge von Katrin Enting angetreten und beschäftigt sich seitdem u. a. verstärkt mit dem Thema Transparenz in der internationalen Klimafinanzierung. Dies ist besonders deshalb wichtig, weil die bisherige Berichterstattung zur Klimafinanzierung nicht konsistent und nicht detailliert genug erfolgt.

Linde Griebhaber wird künftig die Arbeit des TC verfolgen und sich zudem mit der Entwicklung von Berichtsregeln (besonders für die Verwendung der Emissionshandelserlöse) befassen.

Der Bereich „*Koalitionen*“ ist ebenfalls ein wichtiger Aspekt für die Klimafinanzierung – besonders bei der Umsetzung von Projekten mit großer Signalwirkung („Leuchtturmprojekten“): Für die Einhaltung des Zwei-Grad-Limits ist es notwendig, dass gerade in Schwellenländern tragfähige Konzepte für eine nachhaltige Entwicklung umgesetzt werden. In Südafrika ist eine solche Initiative entwickelt worden, die die systematische Förderung Erneuerbarer Energien ins Zentrum einer nachhaltigen Wirtschaftsentwicklung stellt. Diese Initiative trägt den klangvollen Namen „SARi“ (South African Renewables Initiative) und ist als Leuchtturmprojekt geradezu prädestiniert. Zur Umsetzung von SARi braucht es allerdings internationale Kooperationspartner. Germanwatch lotet in Abstimmung mit den „SARi-Unterstützern“ vor Ort auf deutscher Seite – bislang insbesondere bei der Regierung und im Parlament – Kooperations- und Unterstützungsmöglichkeiten aus. Deutschland sollte seiner Vorreiterrolle gerecht werden und ein deutliches Zeichen setzen, indem es bei der Klimakonferenz in Durban mit der Unterzeichnung eines „Memorandum of Understanding“ den Grundstein für eine langfristige Kooperation legt.

Klima und Sicherheit

Auf Initiative des deutschen Vorsitzes konnte der UN-Sicherheitsrat im Juli 2011 erstmalig eine Erklärung zu den sicherheitsrelevanten Aspekten des Klimawandels verabschieden. Dazu gehörten insbesondere die Risiken für kleine Inselstaaten durch den Meeresspiegelanstieg, die unter dem Mandat des Erhalts von Frieden und Sicherheit in der Welt diskutiert wurden. Germanwatch hatte die Gelegenheit, den Fokus der deutschen Initiative im Vorfeld mit dem Auswärtigen Amt zu diskutieren.

Auch Germanwatch argumentiert, dass aus dem Sicherheitsdiskurs (menschliche Sicherheit, globale Stabilität, Krisenprävention) verstärkt zusätzlicher Nutzen gezogen werden muss, um die Dynamik einer kooperativen Umweltpolitik hin zu politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Umbrüchen für Klima- und Energiesicherheit zu unterstützen. Zugleich muss jede Form der Militarisierung der Energie- und Klimapolitik vermieden werden. Hier setzt das vom Umweltbundesamt und Bundesumweltministerium geförderte KRIUM-Projekt (Krisenprävention, Umwelt und Ressourcen) an, das Germanwatch seit 2004 jetzt in zweiter Projektphase gemeinsam mit Adelphi durchführt. Im Rahmen des Projekts wird auf die Themenverbindungen zwischen Klimasicherheit, Energieversorgung und Ernährungssicherung aufmerksam gemacht, um besonders Betroffene vorbeugend auch vor den sicherheitspolitischen Folgen des Klimawandels zu schützen.

Die durch die Katastrophe von Fukushima in Deutschland ausgelöste bzw. verstärkte Diskussion um Energiesicherheit, die mit Klimasicherheit kompatibel sein muss, wirft die Frage auf, ob Deutschland es schafft, ein breit akzeptiertes Wohlstandsmodell jenseits der Risikotechnologien der Atom- und Kohlekraftwerke aufzubauen. Viele internationale Akteure schauen auf Deutschland. Kann Energiesicherheit auch bei zügigem Ausstieg aus der Kernenergie gewährleistet werden, ohne über Kohlestrom mit den Imperativen der Klimasicherheit in Konflikt zu geraten, ohne zu einer Deindustrialisierung zu führen, ohne im Regelfall Atomstrom aus Frankreich und Tschechien zu importieren? Eine erfolgreiche nationale Energiewende kann ihre Schubkraft somit auch in der Umweltaußenpolitik entfalten. Eine potenzielle Partnerschaft Deutschlands bzw. der EU zu Klima- und Energiesicherheit mit China, zu der Germanwatch und Adelphi im Juni 2011 den 4. Europa-China-NGO-Dialog durchführten, hat vor diesem Hintergrund noch an Bedeutung gewonnen.

In Zusammenarbeit mit der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) richtete Germanwatch im Januar 2011 ein Strategieseminar zur Verstärkung der Klimakooperation mit Russland aus. Experten aus Ministerien, Bundestag, Instituten, Verbänden und Unternehmen tauschten sich dabei mit russischen Fachleuten über Möglichkeiten aus, wie Klimasicherheit größeres Gewicht in der EU-Russland-Zusammenarbeit beigemessen werden kann. Auch hier zeigt sich, dass Klima- und Energiekooperationen Deutschlands und der EU die UNFCCC-Klimaverhandlungen ergänzen müssen. Russland gilt u. a. aufgrund der geringen Wahrnehmung von Klimarisiken im Land und wegen der Rolle als gewichtiger Exporteur fossiler Energieträger als schwieriger Partner bei den internationalen Klimaverhandlungen. Das Seminar knüpfte an einen ersten Germanwatch-Workshop zur Kooperation mit Russland im Bereich Klima- und Energiesicherheit im November 2008 an.

Die nachhaltige Verknüpfung der Klimaschutzziele, der Wassernachfrage und des wachsenden Energiebedarfs mit sozioökonomischen Chancen für die MENA-Region⁵ beschreibt das DESERTEC-Projekt als faszinierende Vision. Trotz aller Faszination birgt die angepeilte Energiepartnerschaft zwischen der Europäischen Union (EU), dem Mittleren Osten und Nordafrika auch Risiken. So könnte sie bei einem zu einseitigen Fokus auf die technische und ökonomische Machbarkeit lokale Probleme – etwa im Bereich der Wassersicherheit – verstärken und so letztlich die internationalen Bemühungen um eine Transformation des globalen Energiesystems bedeutend schwächen. Vor diesem Hintergrund hat sich Germanwatch zum Ziel gesetzt, die Ausgestaltung der DESERTEC-Vision zivilgesellschaftlich zu begleiten und dabei vor allem einer Missachtung lokaler Menschenrechte durch die partizipative Berücksichtigung lokaler Bedürfnisse, Erwartungen und Vorbehalte vorzubeugen. Gemeinsam mit Brot für die Welt, der Heinrich Böll Stiftung und dem Bonn International Center for Conversion (BICC) ist für 2012 die Erstellung einer Sozialverträglichkeitsleitlinie zu DESERTEC geplant. Diese baut auf einer 2011 verfassten und mit Stakeholdern diskutierten Konzeptstudie zur Integration eines menschenrechtsbasierten Ansatzes in den Entwicklungsprozess des DESERTEC-Konzeptes auf.

Die Federführung im Krium-Projekt liegt bei Rixa Schwarz, die zu Russland von Oldag Caspar sowie von Boris Schinke zum Schwerpunkt MENA und DESERTEC unterstützt wird. Das Projekt ist bis Dezember 2011 befristet, Germanwatch möchte das Themenfeld aber weiter bearbeiten und bemüht sich hierfür derzeit um finanzielle Unterstützung.

Klima und internationaler Flug- und Schiffsverkehr

Germanwatch hat bei den UN-Klimaverhandlungen auch den Blick auf den internationalen Flugverkehr, der weiterhin als Trittbrettfahrer ohne nennenswerte Klimaschutzverpflichtungen agiert. Neben dem Verringern der Klimawirkung der Flugverkehrsemissionen – der am schnellsten steigenden Quelle von Treibhausgasemissionen – ist in den letzten Jahren noch eine andere Motivation hinzugekommen, den Flugverkehr endlich in ein internationales Abkommen einzubeziehen: Durch eine Abgabe auf den internationalen Flugverkehr oder den Einbezug in den internationalen Emissionshandel könnten – nach dem Verursacherprinzip – beträchtliche Mittel für Anpassung, Technologie und vermiedene Entwaldung geschöpft werden.⁶ Dr. Manfred Treber, der Germanwatch auch im Arbeitskreis Flugverkehr des Deutschen Naturschutzringes vertritt, beobachtet dieses Thema für Germanwatch bei den UNFCCC-Verhandlungen.

Auch der internationale Schiffsverkehr könnte so in ein Klimaregime einbezogen werden, dass dies im ersten Schritt das Emissionswachstum zumindest begrenzt und zugleich Gelder für Klimaschutz und Anpassung generiert. Christoph Hessling betreut dieses Thema ehrenamtlich sowohl bei den UNFCCC- als auch bei den IMO-Verhandlungen⁷.

Waldschutz und REDDplus

Einen wichtigen Beitrag zu unserem Ziel, einen gefährlichen Klimawandel noch zu vermeiden bzw. die gegenwärtigen Folgen der Klimaänderungen zu begrenzen, kann der Schutz der Wälder und die Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung leisten. Besonders tropische Wälder spielen eine herausragende Rolle für die Regulierung von klimatischen Prozessen und das in mehrfacher Hinsicht. Sie puffern Temperaturextreme ab, sie regulieren Wasserkreisläufe und sie sind der größte landgestützte Speicher von Kohlenstoff. Sie lagern diesen im Holz und im Boden ein. Erschreckenderweise werden jährlich 13 Millionen Hektar Wald vernichtet – die Hälfte davon in den Tropen.⁸ Der Anteil der Emissionen aus Entwaldung und Waldschädigung macht rund 20 Prozent des weltweiten Treibhausgasausstoßes aus. Wälder sind aber auch Heimat für eine Vielzahl von Tier- und Pflanzenarten und zudem Lebensgrundlage für Millionen Menschen weltweit.

Politische Lösungsstrategien für Wald- und Klimaschutz sowie zukunftsfähige Entwicklungsstrategien sollten also im engen Zusammenhang gesehen werden. Walderhaltung sollte ökonomisch interessanter werden als Waldzerstörung und einen Beitrag zur Weiterentwicklung eines Landes leisten.

⁵ Middle East and North Africa

⁶ Vgl. www.tourism-watch.de/files/Dokumentation_final.pdf

⁷ IMO = International Maritime Organization, Internationale Seeschiffahrts-Organisation

⁸ FAO (2010): Global Forest Resources Assessment 2010. FAO Forestry Paper 163

Germanwatch engagiert sich daher – unter Federführung von Kristin Gerber und mit finanzieller Unterstützung durch die Climate Works Foundation – im Rahmen der internationalen Klimaverhandlungen für die Etablierung eines Anreizmechanismus' für walddreiche Entwicklungsländer zur Reduktion ihrer Emissionen aus Entwaldung. Hierfür steht der Begriff „REDDplus“: Reduzierung der Emissionen aus Entwaldung und Degradierung (Reducing Emissions from Deforestation and Degradation) plus Förderung von Waldschutz, nachhaltiger Forstwirtschaft und dem Aufbau der natürlichen Kohlenstoffspeicherfunktion. Die Idee des Wald-Klimaschutz-Mechanismus ist es, Walderhalt ökonomisch attraktiver als andere Landnutzungsformen zu machen und Tropenwaldländer finanziell dabei zu unterstützen eine alternative Entwicklung und Landnutzung einzuschlagen.

Germanwatch setzt auch hierbei auf die dreifache Strategie „Handeln, Verhandeln, Koalitionen“: Zum einen informieren wir die relevanten Entscheidungsträger auf nationaler Ebene (Parlament, Ministerien, Umsetzungsorganisationen) über die Bedeutung einer wirksamen und integren Ausgestaltung von REDDplus sowie der Notwendigkeit einer effektiven und langfristigen finanziellen Unterstützung von REDDplus-Strategien durch Deutschland. Zum zweiten beobachten und analysieren wir die Verhandlungen im Rahmen der Klimakonferenzen zu den Fortschritten eines solchen Regenwaldschutz-Abkommens. Und drittens setzen wir auf neue und innovative Koalitionen, um in Deutschland das nötige Interesse für die effektive Finanzierung von Wald-Klimaschutz-Vorhaben zu wecken. Hier initiiert Germanwatch eine REDDplus-Initiative mit Ministerien, Unternehmen und Zivilgesellschaft, um neben den notwendigen deutschen öffentlichen Mitteln zur Finanzierung von Klimaschutzmaßnahmen in Entwicklungsländern, auch Leitplanken und Anreizstrukturen für private Gelder zu schaffen.

Nationale und EU-Klima- und Energiepolitik

Veröffentlichung des Berichts „Welche Energiezukunft ist möglich?“ (Ende August 2010)

Im Vorfeld der Veröffentlichung des Energiekonzeptes der Bundesregierung von September 2010 hat Germanwatch unter Leitung von Jan Burck eine Studie⁹ erstellt, welche vier wichtige Niedrig-Energie-Szenarien für Deutschland untersucht. Dabei handelt es sich um das „Leitszenario 2009“ im Auftrag des Bundesumweltministeriums, das „Szenario 3 der Energiezukunft 2050“ im Auftrag der Energieversorger EnBW, E.ON Energie, RWE Power und Vattenfall Europe, das „Modell Deutschland. Klimaschutz bis 2050“ im Auftrag von WWF Deutschland und der „Klimaschutz: Plan B 2050“ im Auftrag von Greenpeace Deutschland.

Der Vergleich zeigt, dass drei der vier analysierten Szenarien die Verringerung der Treibhausgase in Deutschland um 80 bis 95 Prozent bis 2050 im Vergleich zu 1990 erreichen, und dies ohne Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke und zu volkswirtschaftlich akzeptablen Kosten. Lediglich das von den vier großen Energiekonzernen in Auftrag gegebene Szenario der Forschungsstelle Energiewirtschaft stellt die Erreichbarkeit der angepeilten Reduktionsziele in Deutschland ohne Atomkraft in Frage.

Der Szenarienvergleich zeigt, dass die ambitionierten Klimaziele nur durch einen weiteren massiven Ausbau der Erneuerbaren Energien und der dazu erforderlichen Stromnetze zu erreichen sind. Gleichzeitig werden umfangreiche Investitionen in Energieeffizienz benötigt.

Basierend auf dieser Studie haben wir kurze Zeit später eine Analyse der Szenarien der Bundesregierung zum zukünftigen Energiekonzept Deutschlands durchgeführt.¹⁰ Sie kam zu dem Schluss, dass die Atomkraft-Verlängerungsszenarien nicht fair mit dem Ausstiegsszenario verglichen wurden. Sie zeigte, dass u. a. durch zweifelhafte Grundannahmen (z. B. niedrigere Uran- und Kohlepreise im Jahr 2050) Einfluss auf die Szenarienergebnisse genommen wurde. Diese Analyse war ein wichtiger Beitrag zur Debatte um ein neues Energiekonzept und wurde mit Vorträgen von Jan Burck u. a. beim

⁹ Abrufbar unter: www.germanwatch.org/presse/2010-08-26.htm

¹⁰ Abrufbar unter: www.germanwatch.org/klima/nes-br.htm

volkswirtschaftlichen Dialog der KfW und beim alternativen Klimagipfel der Klima-Allianz vorgestellt. Die Arbeiten erfolgen u. a. im Rahmen eines von der EU geförderten Forschungsprojekts.

Die Kampagne 100 Prozent Zukunft

Unter dem Eindruck der Katastrophe von Fukushima hat sich Deutschland auf einen Ausstieg aus der Kernkraft innerhalb von elf Jahren verständigt. Zentraler Bestandteil des Energiekonsens ist es aber auch, das „Atomrisiko“ nicht durch ein „Klimarisiko“ zu ersetzen.

Im Rahmen der Kampagne 100 Prozent Zukunft setzt sich Germanwatch für eine Strom- und Wärmeversorgung mit 100 Prozent Erneuerbaren Energien bis 2050 ein. Dies bedeutet auch einen entsprechenden Aus- und Umbau der Stromnetze. Hinzu kommt die möglichst weit reichende Ausnutzung der großen Potenziale, die in einer Steigerung der Energieeffizienz schlummern und die Chancen, die der Umbau hin zu einer klimafreundlichen Versorgung mit Energie für eine zukunftsfähige Wirtschaft und mehr Arbeitsplätze bietet.

Um den Umbau zu einer nachhaltigen Energieversorgung zu beschleunigen, leistet die Kampagne durch klassisches gemeinwohlorientiertes Lobbying direkte Überzeugungsarbeit bei der Politik, möchte aber auch Menschen und die Wirtschaft motivieren, sich lokal und regional zu vernetzen und die Politiker vor Ort „in die Pflicht zu nehmen“.

Mit der oben erwähnten Analyse des Energiekonzepts der Bundesregierung hat Germanwatch bereits im September 2010 einen kritischen Beitrag zur Diskussion um Laufzeitverlängerung und Ausbau der Erneuerbaren Energien in Deutschland geleistet. Nach der Reaktorkatastrophe in Fukushima ist dann in der deutschen Energiepolitik erneut eine intensive Diskussion über die Zukunft der Energieversorgung entbrannt, die wir durch vielfältige Diskussionsbeiträge aktiv mitgestalten konnten.

Dazu gehörten Aktivitäten wie die Durchführung einer energiepolitischen Podiumsveranstaltung im Vorfeld der Landtagswahl in Rheinland-Pfalz, eine Symposiumsveranstaltung zur Thema Große Transformation im April 2011 in Berlin¹¹, die Durchführung eines Workshops auf dem 33. Deutschen Evangelischen Kirchentag in Dresden sowie die Teilnahme am Alternativen Energiegipfel der Klima-Allianz im Mai 2011.



Ist Deutschland Antreiber oder Bremser auf der Suche nach Lösungen zur weltweiten Klima-, Ernährungs- und Energiekrise? Das erste Panel auf dem Germanwatch-Symposium „Entwicklungsland Deutschland“ beschäftigte sich mit der Rolle der Politik. Im Berliner Umweltforum diskutierten am 15.4.2011 unter der Moderation von Petra Pinzler (Die ZEIT): Klaus Töpfer, Direktor des IASS, Bärbel Dieckmann, Präsidentin der Welthungerhilfe, Peter Liese, Europ. Parlament, Robert Watson, Klima- und Ökosystemforscher und Michael Windfuhr, stv. Direktor des Instituts für Menschenrechte (v.l.n.r).
Foto: Germanwatch/Tina Linster.

Auf der fachlichen Ebene galt es, die zunehmend in die öffentliche Diskussion gebrachten Scheinargumente der Atom- und Kohlelobby fundiert zu entkräften und demgegenüber die Vorteile der Erneuerbaren Energien zu betonen. Dies gelang unter anderem durch eine Studie zu den Kosten und Nutzen der Erneuerbaren Energien in Deutschland¹², die eine hohe Medienpräsenz erreichte.

¹¹ www.germanwatch.org/gwselbst/jub11bericht.pdf

¹² www.germanwatch.org/klima/energiekosten

Zudem haben wir auf unserer Kampagnen-Website¹³ und über unsere Facebook- und Twitter-Profilen¹⁴ fortlaufend über neue Entwicklungen und Diskussionen in der deutschen Energie- und Klimapolitik informiert, über Stromwechsel-Aktionen¹⁵ zu eigenem Engagement aufgerufen sowie durch eine repräsentative Forsa-Umfrage zur Energiepolitik im April 2011¹⁶ den Willen der Bundesbürger aufgezeigt, den beschleunigten Atomausstieg mit deutlich mehr Klimaschutz zu verbinden.

In den Phasen der Neudiskussion der deutschen Energiepolitik bot sich zudem die Möglichkeit, an hochkarätigen politischen Beratungen teilzunehmen. Neben regelmäßigen Zusammentreffen mit Umweltminister Norbert Röttgen erfolgten Gespräche mit Klaus Töpfer und diversen Mitgliedern der Ethikkommission, ein Treffen im Kanzleramt mit Bundeskanzlerin Angela Merkel und den Ministern Norbert Röttgen, Peter Ramsauer, Rainer Brüderle sowie viele weitere Gespräche mit Akteuren aus Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

Obwohl in der ersten Hälfte des Jahres viele energiepolitische Entscheidungen im Zuge der Ereignisse in Japan in die richtige Richtung wiesen, bleibt weiterhin viel zu tun. Es ist längst nicht sichergestellt, dass die Entscheidungen so umgesetzt werden, dass sie in Richtung eines auch international überzeugenden Wohlstandsmodells führen. Viele Gespräche mit Vertretern von Entwicklungs- und Schwellenländern haben uns überzeugt, dass nur dann die Energiewende auch international die gewünschte Wirkung entfalten kann. Andererseits ist aber auch in Deutschland die Umsetzung noch längst nicht so gesichert, dass die notwendigen Klimaziele erreicht werden. Ein Beleg für die weiter existierenden Widersprüche ist die Tatsache, dass ein Teil der Erlöse des Emissionshandels genutzt werden sollen, um neue Kohlekraftwerke zu subventionieren. Der nötige Stromnetzausbau, die drängende Steigerung der Energieeffizienz sowie die weitere Integration der Erneuerbaren in das Stromnetz sind Themen, bei denen Germanwatch auch in Zukunft Entscheidungen vorantreiben und Diskussionen kritisch begleiten wird.

Die Arbeiten im Rahmen der Kampagne 100 Prozent Zukunft wurden von Brick Medak, Damian Ariakas und Tobias Austrup mit Unterstützung weiterer Germanwatch-MitarbeiterInnen durchgeführt. Von Mai 2010 bis Juli 2011 wurde die Kampagne von der European Climate Foundation gefördert. Wir möchten die Aktivitäten in diesem Bereich in jedem Fall gerne fortsetzen und bemühen uns derzeit um ihre Weiterfinanzierung.

REN21 Report: Kontinuierliches globales Wachstum der Erneuerbaren in 2010

Der jährliche Bericht „Renewables 2011 Global Status Report“ ist am 12. Juli 2011 in Paris erschienen.¹⁷ Ein Experten-Netzwerk hat hierin die weltweite Entwicklung Erneuerbarer Energien analysiert – für Deutschland und Westeuropa haben dies Lukas Hermwille und Jan Burck von Germanwatch geleistet. Als zentrales Ergebnis zeigt die Studie, dass die Erneuerbaren Energien im letzten Jahr Schätzungen zufolge 16 Prozent des globalen Energieverbrauchs abdeckten und circa 20 Prozent der globalen Stromproduktion. Für Deutschland wird es hier – wegen der beschlossenen Energiewende – im kommenden Jahr viel Neues zu berichten geben.

CCS

Germanwatch setzt sich vehement dafür ein, dass die menschengemachte Erwärmung auf deutlich unter 2 Grad gegenüber vorindustriellem Niveau bleibt, um einen gefährlichen Klimawandel noch zu vermeiden. Uns ist kein plausibles weltweites Szenario bekannt, das dieses gewährleistet und dabei ohne die Nutzung der Abscheidung und geologischen Lagerung von CO₂ (CCS) auskommt. Deshalb haben wir uns zu der Position durchgerungen, dass nicht darauf verzichtet werden kann, die Option CCS schnell und ernsthaft großtechnisch zu prüfen.

Zugleich halten wir es nicht für notwendig und im Rahmen der Energiewende für kontraproduktiv, neue Kohlekraftwerke in Deutschland zu bauen und diese mit CCS auszurüsten. Der schnelle Ausbau

¹³ www.100prozentzukunft.de

¹⁴ www.facebook.com/100prozentzukunft und <http://twitter.com/100ProZukunft>

¹⁵ www.germanwatch.org/strom und www.germanwatch.org/klika/ks49.htm

¹⁶ Pressemitteilung und Umfrageergebnisse unter www.germanwatch.org/presse/2011-04-12.htm

¹⁷ Bericht: <http://tinyurl.com/ren21report>

Pressemitteilung des Renewable Energy Policy Network for the 21st Century (REN 21): <http://tinyurl.com/ren21pr>

Erneuerbarer Energien, vorübergehend ergänzt durch Gaskraftwerke, kommt ohne die „End-of-the-pipe-Technologie“ CCS aus. Neue Kohlekraftwerke in Deutschland sollten weder mit noch ohne CCS genehmigt werden.

Anders sieht dies im Bereich der industriellen Gase aus. Angesichts fehlender Alternativen für das Vermeiden der CO₂-Freisetzung in Zement- und Stahlproduktion sowie der chemischen Industrie, aber auch angesichts der enormen Dynamik der Kohlenutzung v. a. in China und Indien halten viele Wissenschaftler den Einsatz von CCS dort für notwendig.

In jedem Fall ist klar, dass CCS als teure End-of-the-pipe-Technologie, die national (wie auch international) auf steigende Widerstände stößt, allenfalls eine Brückentechnologie sein kann, vergleichbar mit Methadon in der Drogen-Entzugstherapie. Es ist nicht mit dem Konzept einer Kreislaufwirtschaft vereinbar, das CO₂ einfach in geologische Lager zu pumpen. Von dem her sind die Versuche interessant, die CO₂ nutzen statt es geologisch lagern zu wollen. Allerdings sind hier noch nicht die notwendigen Größenordnungen absehbar.

Germanwatch hat v. a. im Rahmen eines vom Bundesumweltministerium und Umweltbundesamt geförderten und bis Juni 2011 befristeten Projektes unter Leitung von Dr. Manfred Treber umfangreiche Informationsarbeit zu diesem Thema geleistet. So haben wir zu den vielen rund um CCS bestehenden und teils umstrittenen Fragen Vorträge gehalten sowie im Rahmen des Bonn-Symposiums im Dezember 2010 einen Workshop über CCS durchgeführt. Außerdem wurde auf vielfältigem Wege differenzierte Informationsarbeit zu CCS gemacht – u. a. im Newsletter KlimaKompakt¹⁸, mit einer weiteren Online-Diskussion¹⁹, in diversen Veröffentlichungen wie auch in der Germanwatch-Zeitung Weitblick²⁰. Wenn das Thema CCS bei den UN-Klimaverhandlungen angesprochen wurde (zumeist im Zusammenhang „CCS im Clean Development Mechanism“), hat Germanwatch Monitoring zu Fortschritten bei UNFCCC-Klimaverhandlungen durchgeführt und dazu Kurzberichte verfasst.²¹ Da es auf dem Klimagipfel in Cancún erstmals seit Jahren eine (bedauerliche) Entscheidung zum Thema CCS im CDM gab, wurde dazu ein Hintergrundpapier verfasst.²²

Auto- und Schienenverkehr

Germanwatch verfolgt weiter die neuen Entwicklungen im Thema Mobilität und Klima. So entstand etwa ein Beitrag über die rasante Entwicklung des Schienen-Hochgeschwindigkeitsverkehrs in China.²³ Für das nächste Jahr ist vorgesehen, im Rahmen eines Projektes auf Grundlage der Vorschläge des EU-Weißbuchs zu Verkehr herauszuarbeiten, wie groß die mögliche Rolle des Umweltverbundes und insbesondere des öffentlichen Personenverkehrs im Jahr 2050 sein und mit welchen strategischen Schritten dies erreicht werden kann. Auf der Basis des Weißbuchs soll in einem Dialogprozess die Rolle des öffentlichen Personenverkehrs im Kontext eines synergetischen Zusammenspiels aller Verkehrsträger betrachtet werden.

Klimafreundliche öffentliche Beschaffung

Seit Mitte 2009 beschäftigt sich Germanwatch in einem von der European Climate Foundation geförderten Projekt mit klimafreundlicher öffentlicher Beschaffung. Mit rund 360 Milliarden Euro im Jahr hat die öffentliche Hand eine enorme Marktmacht, die sowohl direkt im Einkauf entlastend auf das Klima wirken als auch über den Druck auf Produzenten einen Innovationsschub in der ressourcenschonenden Produktion bewirken könnte. In einer von McKinsey erstellten Studie aus dem Jahr 2008 wird dargelegt, dass eine konsequente Umstellung der öffentlichen Beschaffung bis zu 30 Prozent ihrer CO₂-Emissionen einsparen kann. Und das bei negativen Vermeidungskosten, also bei einer realen Kosteneinsparung.

Die EU fordert bereits seit Jahren die Mitgliedsländer auf, über nationale Aktionspläne diese Potenziale voll auszuschöpfen. Während viele Länder diesem Aufruf gefolgt sind, hatte sich Deutschland bis-

¹⁸ Vgl. www.germanwatch.org/kliko/k68home.htm und www.germanwatch.org/kliko/k71home.htm

¹⁹ Vgl. <http://ccsdiskussion.wordpress.com/>

²⁰ Vgl. www.germanwatch.org/zeitung/2010-6.htm und www.germanwatch.org/zeitung/2011-2.htm

²¹ Vgl. www.germanwatch.org/klima/ccs-kber.htm

²² Vgl. www.germanwatch.org/klima/cancun-ccs.pdf

²³ Vgl. www.germanwatch.org/klima/mt11hgv-china.pdf

lang eher zurückgehalten. Hier waren es zuallererst Kommunen, die ihre Möglichkeiten nutzten und ihre Beschaffung nach ökologischen und oft auch sozialen Kriterien ausrichteten.

Durch eine Vergaberechtsreform im Jahr 2009, einer direkten Folge der EU-Vergabe-Richtlinien, wurden auch in Deutschland erstmals ökologische Kriterien im Vergaberecht rechtssicher festgeschrieben. Allerdings nur als sogenannte „Kann-Regelung“, nach der Institutionen oder einzelne Beschaffer individuell entscheiden können, ob (und wenn ja: wie) sie ökologische Aspekte in der Beschaffung berücksichtigen. (Vorher aber hatten viele Haushälter argumentiert, sie dürften solche Kriterien gar nicht anwenden.)

Im Rahmen des maßgeblich von Katrin von Hagke und Tobias Pforte-von Randow durchgeführten Projekts konnte Germanwatch in vielen Gesprächen Vertreter von Bund und Ländern für das Thema sensibilisieren. Gemeinsam mit dem von Germanwatch mitgegründeten „CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung“ und „FAIRgabe-Bündnissen“ in den Ländern hat sich Germanwatch dafür eingesetzt, die jeweiligen Beschaffungsstrukturen zu reformieren und eine klimafreundliche und soziale Beschaffung als zwingende Regelung einzuführen. In Workshops und Konferenzen wurde deutlich, dass das Interesse an einer öko-fairen Beschaffung stetig wuchs.

Im letzten Jahr entwickelte das Thema entgegen den allgemeinen Erwartungen vieler Akteure eine beeindruckende Dynamik. Viele Bundesländer entschieden sich für eine Neufassung ihrer Vergabegesetze, darunter NRW, Berlin und Bremen, die in besonderer Weise ökologische Kriterien zwingend vorschreiben. Auf Bundesebene gewann die Diskussion ebenfalls an Fahrt. Resultierend aus einer Bund-Länder-Arbeitsgruppe im Bundeswirtschaftsministerium entstand das vom Staatssekretärsausschuss für nachhaltige Entwicklung im Dezember 2010 verabschiedete „Maßnahmenprogramm Nachhaltigkeit“, das viele der von uns geforderten²⁴ Reformschritte zwingend vorschreibt. Darin erkennt der Bund auch erstmals seine Vorbildfunktion für Länder und Kommunen und formuliert die Notwendigkeit einer engen Kooperation zwischen Bund und Ländern.

Die Ländergesetzgebungen haben gezeigt, dass vom politischen Beschluss zur konkreten Umsetzung eines Gesetzes viele Hürden zu überwinden sind. Neben der kritischen und konstruktiven Begleitung der Gesetzgebungs- und Verwaltungsprozesse werden wir uns verstärkt für ein nationales Kompetenzzentrum einsetzen, das die Vorhaben und Erfahrungen in Kommunen, Ländern und dem Bund bündelt und die Weichen stellt für eine kohärente bundesweite klimafreundliche öffentliche Beschaffung.

EU-Klimapolitik

Sowohl als Rahmensetzung für eine wirkungsvolle deutsche Klimapolitik als auch als Grundlage für eine ambitionierte internationale Klimapolitik bedarf es einer solchen auch auf europäischer Ebene. Germanwatch setzt sich dafür ein, dass das EU-Klimaziel für Treibhausgasemissionen von den bisher mageren 20 Prozent auf mindestens 30 Prozent Reduktionen innerhalb Europas angehoben wird (jeweils gegenüber 1990). Das wäre nicht nur ökonomisch und ökologisch richtig, sondern auch ein wichtiges Signal an die Weltgemeinschaft, wie ernsthaft Deutschland und die Europäische Union den gemeinsamen, weltweiten Kampf gegen den Klimawandel verfolgen. Ein Festhalten am mageren 20-Prozent-Ziel für 2020 würde ein Erreichen des für 2050 gesetzten Ziels einer Senkung der Emissionen um mindestens 80 Prozent zudem äußerst schwer machen. Im Kopenhagen-Akkord hat sich die EU verpflichtet, ihre Treibhausgasemissionen bis 2020 im Vergleich zu 1990 um 20 Prozent zu senken. Sollten andere große Emittentenländer in vergleichbarem Maße mitziehen, will die EU ihre Emissionen um 30 Prozent senken. Dieser Fall ist derzeit nicht absehbar.

Eine Reihe von EU-Ländern mit Großbritannien und Dänemark an der Spitze unterstützt das 30-Prozent-Ziel ohne eine solche Vorleistung anderer Staaten. Mehrere EU-Mitglieder haben sich wiederholt dagegen ausgesprochen. Diese Gruppe wird angeführt von Polen, das aufgrund seiner energiewirtschaftlichen Abhängigkeit von Kohlestrom wirtschaftliche und soziale Nachteile befürchtet. Die deutsche Bundesregierung dagegen ist bis jetzt gespalten. Anstatt Initiativen zur Einbindung der Skeptikerstaaten zu entwickeln, steht sie am Rande des Geschehens.

Germanwatch setzt sich darum seit Ende 2010 dafür ein, dass sich die Bundeskanzlerin hinter ihren Umweltminister stellt und sich proaktiv und möglichst klar vernehmbar für das 30-Prozent-Ziel ein-

²⁴ vgl. unser Positionspapier Klimaverträgliche öffentliche Beschaffung, www.germanwatch.org/klima/pos-kb.htm

setzt. In teilweise enger Abstimmung und Zusammenarbeit mit anderen Verbänden auf nationaler und EU-Ebene hat sich Germanwatch unter Federführung von Oldag Caspar in Strategieentwicklungsprozessen engagiert, Gespräche mit Entscheidungsträgern geführt, eine Argumentationsbroschüre²⁵ entwickelt und aktuelle Entwicklungen mit Pressearbeit begleitet.

Partner sind hier in Deutschland insbesondere die Klima-Allianz und eine Reihe von NRO, die dort größtenteils Mitglieder sind, v. a. der WWF, Greenpeace, Brot für die Welt und Oxfam. Zu den wichtigsten internationalen Partnern zählen die European Climate Foundation, die Global Campaign for Climate Action und das Climate Action Network Europe.

Zusätzlich steht Germanwatch im Arbeitskontakt mit polnischen und europäischen Verbänden mit dem Ziel, über eine verstärkte europäische Kooperation die polnische Diskussion zum EU-2020-Ziel von ihrer Risikofokussierung weg und hin zu einer stärkeren Betonung der Chancen einer 30-Prozent-Strategie für das Land zu entwickeln.

Wirtschafts-Stimmen für Klimaschutz stärken

Ein wichtiger Grund, warum sich die Bundesregierung nicht traut, beherzter im Klimaschutz – gerade auch in den Debatten um das europäische 30-Prozent-Ziel – aufzutreten, ist die heftige Gegenlobby einiger Wirtschaftsakteure. Ziel eines Kooperationsprojektes des Germanwatch-Bereichs Unternehmensverantwortung ist es deshalb, die Stimme progressiver Wirtschaftsakteure für ambitionierte Klimapolitik und kohlenstoffarmes Wirtschaften sichtbar zu machen. Die Projektaktivitäten umfassen Gespräche zur Überzeugung von Wirtschaftsakteuren zu mehr politischer Einflussnahme, die effektivere Einbindung progressiver Akteure in den öffentlichen und politischen Diskurs und politische Gespräche im Rahmen von Gesetzesvorhaben und Maßnahmen. Zur Erarbeitung der projektspezifischen Inhalte stand die hierfür verantwortliche Mitarbeiterin Susan Weide im engen Austausch zu den Germanwatch-Kollegen des Verkehrsbereichs, der internationalen Klimafinanzierung, der deutschen Energie- und Klimapolitik sowie des Bereichs Unternehmensverantwortung.

Das von der European Climate Foundation geförderte Projekt begann im Januar 2011 mit einer Analyse der Akteurslandschaft. Dazu wurden Unternehmen und Unternehmensverbände identifiziert, die auf Grund ihres Geschäftsmodells oder wertorientierten Engagements in besonderer Weise für die Ausgestaltung progressiver Klimapolitik und Interessenspolitik in diesem Bereich in Frage kommen. Zudem wurden Umweltverbände identifiziert, die Klimaschutzthemen bereits heute mit der Wirtschaft erarbeiten. Mit einigen von ihnen erfolgte eine detaillierte Betrachtung der Unternehmen an Hand ihrer klimapolitischen Ambitionen und ihres Einflusses auf gesellschaftliche und politische Kräfte in Deutschland.

Wir haben einige Unternehmen auf Grund ihrer industriepolitischen Stellung und ihrer Lösungskompetenz in grünen Märkten als besonders geeignet identifiziert, um effektive Interessenspolitik zu betreiben. Aus diesem Grund sind erste Gespräche geführt worden, auf denen nun aufgebaut wird. Sehr hilfreich ist die sehr gute Kooperation mit der Unternehmerinitiative „2° - Deutsche Unternehmer für Klimaschutz“.

Die 2°-Initiative wurde 2007 von Dr. Michael Otto²⁶ und weiteren Unternehmerpersönlichkeiten mit dem Ziel gegründet, politische Entscheidungsträger bei der Durchsetzung und Umsetzung ambitionierter Klimaschutzpolitik zu unterstützen. Die Initiative stand Anfang 2011 vor der inhaltlichen Neuausrichtung und verabschiedete im April ein Grundsatzpapier, das weitreichende politische Forderungen zur deutschen, europäischen und internationalen Klimapolitik enthält. So findet sich darin die Unterstützung für das so heftig umstrittene 30-Prozent-Ziel auf europäischer Ebene. Keine andere sektorübergreifende Wirtschaftsinitiative in Deutschland hat sich bisher für die Umsetzung solcher Ziele eingesetzt.

Germanwatch kooperiert seit Anfang des Jahres mit der Initiative und unterstützte sie bei der Durchführung politischer Gespräche in den Ministerien sowie bei der Darstellung des Engagements der Initiative in der Öffentlichkeit. Zudem regte die Initiative an, Effizienzmaßnahmen aus den Mitgliedsun-

²⁵ Hintergrundpapier „Zehn gute Gründe für 30 Prozent“, www.germanwatch.org/klima/zehn-gruende.htm

²⁶ Aufsichtsrat der Otto Group

ternehmen zu veröffentlichen und damit die Arbeit der Bundesregierung im Rahmen der Energiewende um innovative Praxisvorhaben anzuregen, die schnell in großem Maße umgesetzt werden könnten.

Klimabildung und Verbraucherinformation

Das zweite Halbjahr 2010 war geprägt von den Aktionen und zum Jahresende von der Abwicklung des vom Bundesumweltministerium geförderten Verbraucherklimaprojekts „für mich. für dich. fürs klima“. Darin boten die bundesweiten Termine der Radshow, Konferenzen der beteiligten Verbände oder Multiplikatorenschulungen Plattformen für vielseitiges Germanwatch-Engagement.

Als NRW-Fachkoordinator Klima und Entwicklung steht Stefan Rostock Verbänden und Initiativen in NRW mit Unterstützung zur Seite. Hier sind vor allem die Begleitung der Jugendklimakampagne „Heiße Zeiten“ des Eine-Welt-Netz NRW oder Einzelveranstaltungen zusammen mit NRW-Akteuren wie der Exile Kulturkoordination in Essen zu nennen. Die Aktivitäten erfolgen im Rahmen des von Inwent / GIZ geförderten Koordinatorenprogramms für entwicklungspolitische Bildungsarbeit in NRW.

Die Weiterentwicklung und Betreuung der Germanwatch Klimaexpedition, die Geoscopia für Germanwatch an die Schulen bringt, ist ein weit sichtbarer und erfolgreicher Baustein der Bildungsarbeit. Über 140.000 SchülerInnen haben seit dem Start 2004 schon im interaktiven Vergleich von Live- mit archivierten Satellitenbildern den Klimawandel und die Auswirkungen menschlichen Handels auf der Erde erfahren können. Der zusammen mit dem Arbeitsbereich Unternehmensverantwortung neu entwickelte Baustein „Energie- und Ressourcenexpedition“ wird stark nachgefragt. Förderer der Klimaexpedition waren Lightcycle, das Bundesumweltministerium / Umweltbundesamt, die Stiftung Umwelt und Entwicklung Nordrhein-Westfalen, die Stiftung Natur und Umwelt Rheinland-Pfalz sowie die Umweltministerien von Rheinland-Pfalz und des Saarlands.

Germanwatch trägt durch Vorträge und Workshops seine Inhalte in die Veranstaltungen anderer Organisationen hinein, u. a. konnte der Bildungsbereich bei der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Adenauer-Stiftung, in evangelischen und katholischen Akademien und in verschiedenen Verbänden Beiträge einbringen und Anstöße liefern. Germanwatch konnte auch die Inhalte der Jahresaktion der Deutschen Pfadfinderschaft Sankt Georg „Our World – Our Challenge“, die zusammen mit südafrikanischen Pfadfindern durchgeführt wird, mitentwickeln. Vor allem die Wette zur Erlangung möglichst vieler Climate Action Points (CAPs) begeistert viele der etwa 120.000 Mitglieder: CAPs belohnen Emissionsreduktionsmaßnahmen und das Engagement der Gruppe. Weitere Aktivitäten wie die Teilnahme am Symposium zur Klimagerechtigkeit im Klimahaus Bremerhaven während des Klimagipfels in Cancún runden das Bild ab.

In 2011/2012 geht es darum, aufgrund der gestiegenen Nachfrage weitere Förderer für die Germanwatch Klimaexpedition zu gewinnen und die gute Zusammenarbeit mit den bestehenden Förderern zu festigen. Außerdem wird sich der Bildungsbereich vor allem der Entwicklung neuer Bildungsansätze zur Großen Transformation und dem diesbezüglichen Ausbau der Kooperation mit Verbänden und Bildungseinrichtungen widmen. Germanwatch strebt hierbei an, die Fokusthemen Klimawandel, Welthandel und Ernährung sowie Unternehmensverantwortung synergetisch in Angeboten für eine „Bildung für die Große Transformation“ aufzuarbeiten und in Kooperation mit Partnern durchzuführen.

Welthandel und Ernährung

Die Arbeit im Bereich „Welthandel und Ernährung“ war von drei inhaltlichen Schwerpunkten bestimmt: Analyse der globalen Ernährungskrise, Reform der Europäischen Agrarpolitik sowie den Klimawirkungen der europäischen Handelspolitik.

Ein wichtiger Teil dieser Arbeit besteht in unserer Mitarbeit in verschiedenen Netzwerken. Hervorzuheben sind hier die Arbeitsgruppen zu Handel sowie Landwirtschaft und Ernährung im Forum Umwelt und Entwicklung, das Agrarbündnis und der Arbeitskreis Welternährung von BMZ und BMELV. Wir waren auch intensiv daran beteiligt, die bundesweite Kampagne „Meine Landwirtschaft“ zu planen und bringen uns seit deren offiziellen Start im Januar 2011 aktiv ein. Die Arbeitsschwerpunkte von Germanwatch im Bereich Welthandel und Ernährung werden von Tobias Reichert und Marco Klemmt betreut.

Analyse der globalen Ernährungskrise

Die Welternährungskrise erreichte zwar 2008 einen vorläufigen Höhepunkt, aber heute ist sie noch nicht einmal ansatzweise überwunden. Wir haben deshalb die langjährigen Trends bei wesentlichen Faktoren für die weltweite Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln zusammengestellt und analysiert. Zu diesen Faktoren gehören die Bevölkerungsentwicklung, die Entwicklung der Anbauflächen, einschließlich der Umwandlung von Wald in Acker- und Weideland, die Entwicklung der Produktion und der Lagerbestände von Grundnahrungsmitteln (Getreide, Mais, Reis) und anderer Nutzpflanzen (Ölsaaten, vor allem Soja) sowie der Produktivität der dafür genutzten Böden, die Entwicklung von Fleischverbrauch und -produktion sowie der Anteil der für die Fleischproduktion als Tierfutter verwendeten Ölsaaten- und Getreidemenge und nicht zuletzt die Entwicklung der Produktion von Agrartreibstoffen aus Biomasse und des Anteils der dafür genutzten Agrarfläche.

Das im November 2010 vorgelegte Hintergrundpapier²⁷ untermauert die These, dass die Engpässe in der globalen Ernährungssicherung nicht so sehr im begrenzten Potenzial für Produktionssteigerungen liegen, sondern vielmehr in der Änderung der Landnutzung für die Treibstoff- und Fleischproduktion. Die daraus resultierende Verknappung der Nahrungsmittel und die Ernteauffälle aufgrund von – offenbar infolge des Klimawandels zunehmenden – Wetterextremen, führen zu extremen Preisschwankungen für Grundnahrungsmittel und bilden den Nährboden für die in den letzten Jahren beobachtete horrende Spekulation an den Getreidebörsen.

Die unter Federführung von Vorstandsmitglied Dr. Klemens van de Sand erstellte Trendanalyse kommt zu der Schlussfolgerung, dass energie- und finanzpolitische Regulierungsmechanismen eingeführt werden sollten, die mit dem Ziel der Ernährungssicherung vereinbar sind.

Reform der Europäischen Agrarpolitik

Zwei Erfolge steht eine große Herausforderung gegenüber. Mit der hochwertigen Ausstellung „Mensch Macht Milch“ ist es uns gelungen, die Wahrnehmung entwicklungspolitischer Aspekte der europäischen Agrarpolitik in der breiten Öffentlichkeit zu erhöhen. Zudem trug unsere Mitarbeit in den zivilgesellschaftlichen Netzwerken dazu bei, dass entwicklungspolitische Aspekte und Kernforderungen für die zukünftige Europäische Agrarpolitik in den Positionspapieren sowie der bundesweiten Kampagne „Meine Landwirtschaft“ prominent berücksichtigt wurden. Der Reformvorschlag der EU-Kommission sowie der EU-Parlamentsbeschluss hingegen fällt leider nur grüner, nicht aber entwicklungsfreundlicher aus. Herausforderung und Ansporn für uns zugleich, auch in den kommenden Monaten am Ball zu bleiben und sich weiter für eine klima- und entwicklungsfreundlichere EU-Agrarpolitik einzusetzen.

„Jetzt Handeln!“ Für eine klima- und entwicklungsfreundliche EU-Agrarpolitik

In den Reformprozess für Neugestaltung die EU-Agrarpolitik nach 2014 bringen wir uns weiterhin mit unserem langjährigen Projektpartner Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) durch das

²⁷ Germanwatch-Trendanalyse zur globalen Ernährungssicherung 2010, www.germanwatch.org/handel/trend-ern.htm

vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte Projekt „Jetzt Handeln!“ ein. Wichtige Aktivitäten waren:

Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“

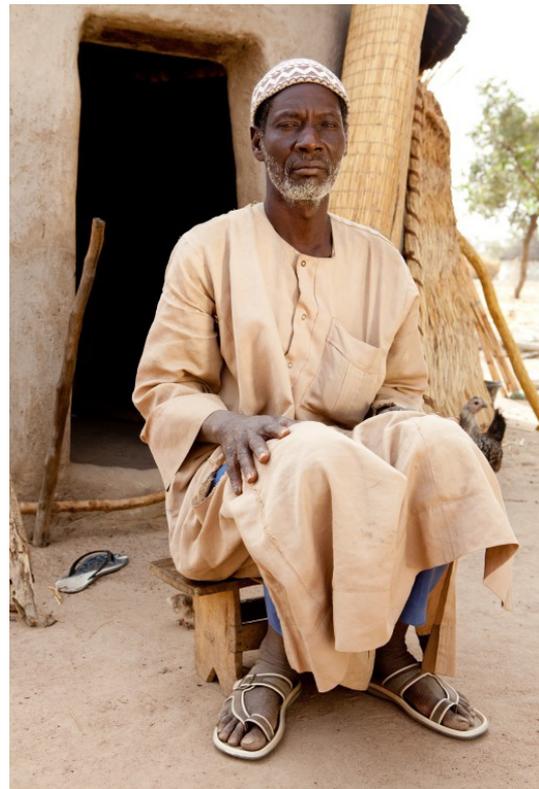
Einen großen öffentlichen Erfolg erzielten wir mit unserer Fotoausstellung „Mensch Macht Milch – EU-Agrarpolitik und bäuerliche Landwirtschaft in Nord und Süd. Auswirkungen und Perspektiven“. Die Ausstellung haben wir gemeinsam mit der AbL, Brot für Welt, Misereor, dem Bundesverband Deutscher Milchviehhalter (BDM) sowie dem European Milk Board (EMB) erstellt. Ein Faltblatt mit vertiefenden Informationen sowie ein hochwertiger Ausstellungskatalog komplettierten die Ausstellung. Als Schirmherrin konnte die Starköchin Sarah Wiener gewonnen werden.

Die Ausstellung wurde im Oktober 2010 in Berlin eröffnet. Seitdem ist sie permanent unterwegs und wurde bisher in über 20 Orten gezeigt, so in verschiedenen Städten Schleswig-Holsteins, in Ostfriesland, dem Allgäu, im BMZ in Bonn sowie in den Landtagen von Düsseldorf und Kiel. Aufgrund der unerwartet großen Nachfrage haben wir mittlerweile vier Exemplare produziert. Um die Diskussion auch auf europäischer Ebene mit zu gestalten, wurde 2010 eine internationale Variante auf Englisch und Französisch erstellt. Sie wurde bisher in Irland und im Beisein von Georg Häusler, Kabinettschef von Agrarkommissar Ciolos, im Brüsseler Europaparlament gezeigt.

Die Ausstellung wird in der Regel von inhaltlichen Veranstaltungen (wie Podiumsdiskussionen oder Vorträgen) begleitet. Auch zahlreiche Artikel in der lokalen Presse sorgen dafür, dass die Ausstellung und unser Anliegen eine breite öffentliche Aufmerksamkeit erlangt haben. Sowohl auf der Germanwatch-Website²⁸ als auch bei Facebook²⁹ sind Informationen zur Ausstellung sowie Termine und wichtige Informationen rund um das Thema „EU-Agrarpolitik“ zu finden. Von Oktober 2010 bis August 2011 wurden unsere Beiträge bereits über 25.000 Mal aufgerufen.

Dialog mit Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft

Um die inhaltliche Diskussion über die europäische Agrarpolitik um deren entwicklungspolitische Dimension zu vertiefen, haben wir zwei kooperativ durchgeführte Fachtagungen organisiert. An den Tagungen nahmen internationale Gäste (zumeist Bauern oder Bauernvertreter aus dem Süden), Fachleute aus umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen, PolitikerInnen, KirchenvertreterInnen, StudentInnen sowie die interessierte Öffentlichkeit teil. Die Tagung „Wer ernährt die Welt?“ (Oktober 2010, Berlin) behandelte schwerpunktmäßig die europäische Agrar- und Milchpolitik und deren Auswirkungen auf die südlichen Länder, was wir intensiv mit Vertretern der Bundesregierung sowie der EU diskutiert haben. Bei der zweitägigen Tagung „Nie wieder Weltmeister“ (November 2010, Berlin) standen hingegen vorrangig handelspolitische Aspekte im Vordergrund. Mit jeweils über 100 TeilnehmerInnen waren die Tagungen sehr gut besucht.



Mit der Fotoausstellung „Mensch Macht Milch“ leistet Germanwatch gemeinsam mit Partnern einen erfolgreichen Beitrag zur öffentlichen Diskussion um die anstehende europäische Agrarreform. Auf dem Foto: Souleymane Diallo (63). Guirko, Burkina Faso. Chef einer Dorfgemeinschaft des Hirtenvolkes Peul. Foto: Fred Dott.

²⁸ www.germanwatch.org/handel/mmm

²⁹ www.facebook.com/Mensch.Macht.Milch

Die Mitarbeit im AK Welternährung ermöglichte uns die Teilnahme an einer intensiven Konsultation vor der Erstellung der BMZ-Konzepte zur ländlichen Entwicklung und zu Menschenrechten in der Entwicklungszusammenarbeit. Bedeutsam war auch die Zusammenarbeit in agrarpolitischen Netzwerken. Hier haben wir an den Analysen und Positionspapieren vom Forum Umwelt und Entwicklung, der Verbändeplattform Agrarpolitik (ein Bündnis aus Bauernorganisationen, Umwelt- und Landschaftsschutzverbänden, Biolandbauverbänden und entwicklungspolitischen Organisationen) sowie von der Agricultural and Rural Convention auf europäischer Ebene mitgearbeitet. Wir haben uns vor allem darauf konzentriert zu bewerten, inwieweit die Vorschläge der Kommission und des Europäischen Parlaments mit Entwicklungspolitik, Welternährung und Klimaschutz kohärent sind. Unsere Positionen haben wir auch im direkten Dialog mit Vertretern der EU-Kommission, dem polnischen Landwirtschaftsminister und einer Reihe von EU-Parlamentariern diskutiert.

Mit unserer Studie zu Klima und Landwirtschaft wollten wir die (wissenschaftliche) Diskussion um die positiven Klimaeffekte von Grünlandnutzung bereichern. Auch aufgrund von neuen wissenschaftlichen Erkenntnissen, die auf Wunsch der Projektträger unbedingt mit integriert werden sollten, verzögerte sich die Fertigstellung. Die Studie wird nun voraussichtlich nach der Sommerpause 2011 veröffentlicht werden.

Von dem großen Interesse am Projektthema zeugen auch die vielen (Vortrags- und Workshop-) Anfragen von Bündnispartnern oder lokalen Gruppen sowie diverse Veröffentlichungen in (Fach-) Publikationen (u. a. im „Kritischen Agrarbericht“). Besonders hervorzuheben ist hier unser zusammen mit der Heinrich-Böll-Stiftung verfasster Artikel „Von Fleisch und Fairness – Innovationen für eine ökologische EU-Agrarpolitik“, der als Beitrag zur diesjährigen deutschen Ausgabe des Worldwatch-Berichts „Zur Lage der Welt 2011 – Hunger im Überfluss“ erschien. Mit den Vorträgen und Workshops konnten sehr unterschiedliche Zielgruppen erreicht werden. Abgerundet wurde die Öffentlichkeitsarbeit durch die Weitblick-Ausgabe Nr. 5/2010, die sich der EU-Agrarpolitik und dem Kontext Klima, Milchwirtschaft und Ernährungssicherung weltweit widmete.

Neben der Fortführung in bestehenden Bündnissen wurden in 2010 auch zwei neue, wichtige Schritte unternommen, um die Projektinhalte in der zivilgesellschaftlichen Diskussion verstärkt zu verankern: Zum einen gründete sich im Sommer 2010 ein neues Bündnis aus umwelt- tierschutz- und entwicklungspolitischen Organisationen, um eine breit angelegte bundesweite Kampagne zur Zukunft der europäischen Landwirtschaft zu starten. Wir waren von Anfang an mit dabei und gaben in der konzeptionellen Phase viele Impulse für die entwicklungspolitische Ausrichtung der Kampagne „Meine Landwirtschaft“ (www.meine-landwirtschaft.de).

2010 wurde zudem der Dialog mit dem Dachverband der Weltläden begonnen. Ziel ist es, Schnittpunkte der Inhalte unseres Projektes mit der Arbeit der bundesweit ca. 800 Weltläden als wichtigen Multiplikationsort auszuloten und in konkreten Kooperationsmaßnahmen münden zu lassen. Ein erstes Ergebnis ist der „World Fair Trade Day 2011“, bei dem die europäische Agrarpolitik und ihre Auswirkungen auf die Länder des Südens den thematischen Schwerpunkt bildeten.

Klima und Handel

Im Projekt „Klima und Handel“ in Zusammenarbeit mit dem Forum Umwelt und Entwicklung und PowerShift e.V. und mit Förderung des Bundesumweltministeriums und des Umweltbundesamts analysieren wir die Klimawirkungen des deutschen und europäischen Handels und der Handelspolitik. Der Schwerpunkt von Germanwatch liegt dabei auf dem Agrarhandel. Um die Klimaauswirkungen deutscher Agrarimporte zu beleuchten, haben wir eine Studie erstellt, die sich auf das mengenmäßig mit Abstand wichtigste Importgut konzentriert: Soja bzw. Sojaschrot zur Tierfütterung. Dabei wird deutlich, dass die größten Emissionen von Treibhausgasen aus der Entwaldung entstehen, die durch den andauernd zunehmenden Sojaanbau in Südamerika ausgelöst wird.

Im Dialog mit Vertretern der Futtermittelwirtschaft, Bauernverbänden und NRO wurde deutlich, dass dieses Problem nicht allein durch Zertifizierung oder handelspolitische Maßnahmen gelöst werden kann, diese aber bei richtiger Ausgestaltung eine unterstützende Rolle spielen können.

In kurzen Analysen haben wir darüber hinaus die Entwicklungen in der Welthandelsorganisation WTO begleitet. Insbesondere das Scheitern der Doha-Runde und die zunehmenden Streitfälle mit klima- und ressourcenpolitischen Hintergründen.

Unternehmensverantwortung

Das Thema Unternehmensverantwortung hat im Laufe des Jahres 2011 weltweit eine zunehmende Bedeutung erfahren, wie bereits im Kapitel A erläutert wurde. Germanwatch bringt in diese Debatten zu Unternehmensverantwortung entwicklungspolitische Aspekte und Nachhaltigkeitsthemen ein. Seit Anfang 2011 setzt der Bereich auch einen Schwerpunkt auf die klimapolitische Kooperation mit Vorreiterunternehmen. Im Berichtszeitraum waren Cornelia Heydenreich, Johanna Kusch und seit Januar 2011 Susan Weide im Bereich Unternehmensverantwortung aktiv (siehe oben: „Wirtschaftsstimmen für den Klimaschutz stärken“). Bis Ende 2010 unterstützte Jochen Dallmer das Team. Projektzuschüsse erhielten wir insbesondere von der Europäischen Union und dem Bundesumweltministerium / Umweltbundesamt sowie außerdem von der Berliner Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit, der Fondation des droits de l'Homme au travail, dem Katholischen Fonds und dem EED. Wichtige Grundlage für die Durchführung war außerdem ein Kooperationsprojekt mit Misereor.

In Anlehnung an die drei Schwerpunkte zu Unternehmensverantwortung, die derzeit auf UN-Ebene diskutiert werden, gliedert sich der folgende Abschnitt in drei Bereiche: Die Staatenpflichten, die Verantwortung der Unternehmen und den Zugang zu Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene.

Schutzpflichten der Staaten stärken → EU-Regeln für Unternehmensverantwortung durchsetzen

In Zeiten von global agierenden Unternehmen besteht die Herausforderung, auch international wirksame Rechtssysteme zu schaffen, damit Unternehmen weltweit Menschenrechte und Umweltstandards einhalten. Während freiwillige Vorreiterinitiativen von Unternehmen durchaus ihren Sinn haben, lassen sich etwa die menschenrechtlichen Mindeststandards oder das Vermeiden von Trittbrettfahren ökologischer Bremser nur durch rechtlich verbindliche Regelungen erreichen. Im Rahmen der europaweiten Kampagne „Rechte für Menschen – Regeln für Unternehmen“ setzen wir uns für solche Regeln ein. Germanwatch koordiniert für das CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung die deutschen Aktivitäten dieser Kampagne des europäischen Netzwerkes ECCJ (European Coalition for Corporate Justice). Höhepunkt unserer Kampagnenaktivitäten war eine Aktionswoche im November 2010 mit öffentlichen Diskussionsveranstaltungen, Aktionstheater, Film- und Kunstevents sowie Gastrednern aus Indien und Südafrika. Ziel war es, die Kampagne bekannter zu machen und Unterstützerunterschriften zu sammeln. Im Juli 2011 konnte das europäische Netzwerk ECCJ schließlich über 73.000 Unterschriften an den Industriekommissar der EU, Vizepräsident Antonio Tajani, übergeben.

Diese Kampagne ist ein gutes Beispiel für die Netzwerkarbeit, die wir im Bereich Unternehmensverantwortung aktiv betreiben und wodurch wir unsere Wirkungskraft vervielfältigen können: Im deutschen CorA-Netzwerk sind wir seit Anbeginn im Koordinationskreis aktiv, haben seit 2011 auch die Verwaltung der CorA-Finzen übernommen und fungieren als offizielle Adresse des Netzwerkes. Im europäischen Dachverband ECCJ vertreten wir seit Ende 2010 das CorA-Netzwerk im Steering Committee.

Der europäische Dachverband ECCJ ist inzwischen ein wichtiger Akteur zu Fragen von Unternehmensverantwortung auf europäischer Ebene. Er konnte wichtige Impulse in die Diskussionen einbringen. Die Forderungen von ECCJ haben beispielsweise in eine Studie der Universität Edinburgh im Auftrag der EU Einzug gefunden und die EU zeigt sich inzwischen offener dafür, auch gesetzliche Regelwerke zu Unternehmensverantwortung zu diskutieren und nicht mehr allein auf freiwillige Ansätze zu setzen. So hat die EU-Kommission im Frühjahr 2011 angekündigt, bis Jahresende einen Gesetzesvorschlag für Offenlegungspflichten für Unternehmen zu sozialen und ökologischen Belangen vorzulegen, ECCJ wurde bereits mehrfach von der EU-Kommission zu Expertenrunden zur Ausgestaltung dieses Gesetzesvorschlags geladen.

Auf deutscher Ebene ist das vom Bundesarbeitsministerium koordinierte CSR-Forum dagegen auf Freiwilligkeit fokussiert. Germanwatch ist Mitglied im CSR-Forum und wird dies weiterhin kritisch begleiten sowie auch erforderliche Regelwerke anmahnen. Im Bundestag sind diese Themen bereits stärker verankert. Neben 21 EU-Parlamentsabgeordneten aus Deutschland haben auch 9 Bundestagsabgeordnete die ECCJ-Forderungen namentlich unterstützt, ebenso fordert ein Antrag der SPD-Fraktion vom Juni 2011 Haftungspflichten, Berichtspflichten und einen Rechtszugang für Betroffene.

Germanwatch wird in Zusammenarbeit mit den genannten Netzwerken in den kommenden Monaten die politische Lobbyarbeit zu diesen Themen weiter verstärken und die Forderungen zudem konkreter ausarbeiten, mit einem Schwerpunkt auf den Offenlegungspflichten, da diese aktuell auf EU-Ebene diskutiert werden. Mit einer Konferenz im November wollen wir in Kooperation mit der Friedrich-Ebert-Stiftung, dem Katholischen Hilfswerk Misereor und der Menschenrechtsorganisation ECCHR beleuchten, welche Maßnahmen auf deutscher Ebene erforderlich sind, um die UN Guiding Principles für Wirtschaft und Menschenrechte umzusetzen.

Verantwortung der Unternehmen stärken → IT-Branche fair und nachhaltig gestalten

Beim Projekt makeITfair liegt aktuell ein Fokus auf den Mobilfunkanbietern. Viele VerbraucherInnen beziehen ihr Handy über ihren Mobilfunkanbieter, der somit in der Lieferkette von IT-Geräten ein wichtiger Akteur ist. Zudem sind diese Unternehmen in Deutschland angesiedelt und damit einfacher zu adressieren als die Hersteller von Handys und Laptops weltweit. Im Dezember 2010 haben wir mit unseren makeITfair-Partnern über 7.000 Unterschriften an die Mobilfunkanbieter in Deutschland, Finnland, Schweden, Ungarn und den Niederlanden übergeben. Diese Aktion und die Vergleichsstudie aus dem Jahr 2009 haben erste Wirkungen gezeigt: Alle in Deutschland ansässigen Mobilfunkanbieter haben ihre Bemühungen im Einsatz für faire und nachhaltige IT-Produkte verstärkt und sind in einen intensiveren Austausch mit Germanwatch getreten. Wir werden dies weiter verfolgen, unter anderem im kommenden Jahr mit einer Follow-Up-Studie.



Alles Gute zum Nikolaustag 2010 – Cornelia Heydenreich und Jochen Dallmer (im Kostüm) von Germanwatch überbringen Michael Oley von der Deutschen Telekom AG (Corporate Responsibility) ein Nikolauspräsent: über 7000 Unterschriften mit der Forderung nach einem fair produzierten und grünen Handy. Foto: Sabrina Gröschke.

Im Frühjahr 2011 haben wir uns im Rahmen eines internationalen Aktionstages auf den Hersteller Apple konzentriert. Ziel ist es, den Marktführer bei innovativen IT-Geräten auch zu mehr Engagement sowie Transparenz und Dialogbereitschaft zu Fragen von fairen Einkaufspraktiken und der Einhaltung von Arbeitsrechtsstandards zu bewegen. Dies ist kein einfaches Unterfangen, aber wir erhielten große Unterstützung durch die Presse sowie Funk und Fernsehen. Ebenso haben uns Jugendgruppen und andere Aktive unterstützt, so dass am 7. Mai öffentliche Aktionen in Berlin, Bielefeld, Dresden, Hamburg, Oldenburg sowie mit unserer Münchner Regionalgruppe in München stattfanden. Unser kürzlich

erschienenes Aktionshandbuch für kreative öffentliche Aktionen³⁰ ist eine hilfreiche Anleitung für derartige Aktivitäten.

Zudem konnten wir im Mai 2011 unsere Erfahrungen aus dem makeITfair-Projekt in die Diskussion um die deutsche Rohstoffstrategie, insbesondere im Rahmen der BMU-Konsultation zum Ressourceneffizienzprogramm, einbringen. Rohstoffabbau- und Recyclingfragen der wertvollen Metallrohstoffe werden auch in der Zukunft einen wichtigen Schwerpunkt unserer Arbeit bilden, neben der politischen Lobbyarbeit auch in der Bildungsarbeit für VerbraucherInnen und in Schulen.

Im Dialog mit Unternehmensvertretern aus der Elektronikindustrie, aber auch aus der Textil- und der Spielzeugindustrie haben wir erörtert, wie faire Einkaufspraktiken in den jeweiligen Branchen aussehen könnten und welche Schritte dafür erforderlich sind. Diese Debatte werden wir gemeinsam mit Misereor und der Werkstatt Ökonomie weiterführen und können dabei am Prozess auf UN-Ebene anknüpfen, im dem die Due Diligence von Unternehmen, also die Sorgfaltspflicht, für die Einhaltung von Menschenrechten in der Lieferkette eine wichtige Rolle spielt. Wir wollen dabei konkreter herausarbeiten, was diese Sorgfaltspflicht für die Elektronikindustrie und die anderen genannten Sektoren bedeutet. Damit können wir auch Diskussionen zur Lieferkettenverantwortung aufgreifen, die im deutschen Global Compact Netzwerk geführt werden.

Zugang zu Beschwerdemechanismen für Betroffene stärken → OECD-Leitsätze verbessern

Der Schwerpunkt der Arbeit zu den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen lag im Berichtszeitraum auf der Überarbeitung der Leitsätze, die im Juni 2010 begann und im Mai 2011 mit der Veröffentlichung der neuen Leitsätze ihren Abschluss fand. Germanwatch war insbesondere auf deutscher Ebene aktiv und hat ein Lobbyschreiben an mehrere Bundestagsausschüsse koordiniert sowie gemeinsam mit der Friedrich-Ebert-Stiftung und Misereor ein Parlamentarisches Fachgespräch zu den Leitsätzen organisiert. Zudem haben wir die Notwendigkeit einer progressiven Überarbeitung der OECD-Leitsätze auch gegenüber Bundeskanzlerin Merkel zum Ausdruck gebracht.

Mit den Aktivitäten haben wir dazu beigetragen, dass sich der Bundestag intensiv mit dem Überarbeitungsprozess der OECD-Leitsätze auseinandergesetzt hat. Drei Anträge zu den OECD-Leitsätzen enthielten z. T. sehr weitreichende Forderungen zum Überarbeitungsprozess und bildeten die Grundlage für intensive Bundestagsdebatten. Vertreter der Nationalen Kontaktstelle waren mehrfach zu Ausschusssitzungen geladen. Diese Aktivitäten haben schließlich dazu beigetragen, dass die Nationale Kontaktstelle im Überarbeitungsprozess u. a. zur Frage der Reichweite der Leitsätze eine konstruktive Rolle einnahm. Positive Veränderungen gibt es zudem bei inhaltlichen Fragen: Die überarbeiteten Leitsätze enthalten nun ein eigenes Menschenrechtskapitel und erwarten von den Unternehmen, im Rahmen ihrer Sorgfaltspflicht auch die Einhaltung von Menschenrechten zu prüfen.

Germanwatch begrüßt die inhaltlichen Verbesserungen sowie eine Festschreibung der Leitsätze auch für Zulieferbeziehungen, kritisiert jedoch mangelnde Fortschritte bei grundlegenden Verfahrensfragen. Nun kommt es auf eine ernsthafte und ambitionierte Umsetzung in Deutschland an, um den Spielraum etwa bei Fragen zum Peer Review oder zu Konsequenzen bei einer Verletzung der Leitsätze zu nutzen. Wir werden dies in der nächsten Zeit kritisch begleiten und möglichst progressiv vorantreiben. Die hierzu erforderliche Lobbyarbeit haben wir bereits im Juni mit einem Parlamentarischem Fachgespräch begonnen, weitere Aktivitäten werden folgen. Neben der Arbeit auf nationaler Ebene sind wir auch weiterhin auf internationaler Ebene aktiv, insbesondere durch unsere Mitarbeit im Steering Committee des NRO-Netzwerkes OECD Watch.

Neben der politischen Arbeit zur Weiterentwicklung der Leitsätze ist auch weiterhin die Arbeit an konkreten Beschwerdefällen bei Verstößen wichtig. Hierzu waren wir im Berichtszeitraum vor allem beratend und durch Trainings tätig. Mehrere deutsche NRO haben wir zu ihren Beschwerdefällen beraten, auf internationaler Ebene haben wir für Partnerorganisationen von Misereor in Peru und in Indien Trainings zur Nutzung der OECD-Leitsätze durchgeführt. Beschwerdefälle stellen die eigentliche Nagelprobe für den Nutzen der überarbeiteten OECD-Leitsätze dar.

³⁰ Abrufbar unter www.germanwatch.org/corp/it-aktion.htm

Entwicklungsfinanzierung

In allen Arbeitsfeldern von Germanwatch sind seit der Gründung vor 20 Jahren die Auswirkungen unseres Handelns im „Norden“ auf die Länder, Gesellschaften und Menschen des „Südens“ ein Grundthema. Das gilt auch und besonders für den Bereich Entwicklungspolitik und deren Finanzierung, mit der wir uns seit nunmehr zehn Jahren intensiv auseinandersetzen.

In der traditionellen Entwicklungszusammenarbeit füllen die Überlegungen zu den Inhalten ganze Bücherregale. Sich mit Finanzen zu beschäftigen ist weniger prestigeträchtig und dazu noch mühsam und zeitraubend. Wohl deshalb gibt es nur wenige Veröffentlichungen zur Entwicklungsfinanzierung. Das ist bedauerlich, denn wie für alle Politikfelder gilt auch und ganz besonders in der EZ der Satz: „Politik macht man mit Inhalt und Haushalt“. Neben verbindlichen Gesetzen ist die Vergabe oder Kürzung von Geldern die zweite „harte“ Politikmöglichkeit, um Entwicklungsprozesse in Gang zu setzen – oder zu verhindern. Mit Dr. Ludger Reuke engagiert sich seit Jahren einer der wenigen deutschen Experten zu diesem Thema als „Ein-Euro-Mann“ bei Germanwatch.

Unsere intensiv recherchierten Veröffentlichungen zur deutschen Official Development Assistance (ODA) und zu deren Teilgebiet, der Entwicklungszusammenarbeit der Bundesländer, werden von politischen Entscheidungsträgern in Bund und Ländern wahrgenommen und tragen dazu bei, die häufig unerträglich große Lücke zwischen Versprechungen, Zusagen und Plänen auf der einen sowie den realen finanziellen Leistungen auf der anderen Seite deutlich zu benennen und dadurch manchmal zumindest ein wenig zu verkleinern. Die bereits im Mai 2010 erschienene Studie „ODA: Wie versprochen, so gebrochen: Die deutsche 'offizielle Entwicklungsunterstützung' 2003 bis 2008/09“³¹ ist im Berichtszeitraum u. a. bei Entscheidern auf vielfältige Zustimmung gestoßen, hat aber auch einige wütende Gegenreaktionen hervorgerufen. Es hat uns gefreut, dass sich in der Resolution des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zum 0,7-Prozent-Ziel, die von über 360 MdB unterschrieben wurde, viele inhaltliche Übereinstimmungen zu dieser Studie wiederfinden.

Im Juni 2011 erschien dann die dritte Neubearbeitung der Studie zum Beitrag der Bundesländer zur deutschen ODA-Quote: „ODA-Datenödnis: Die meisten Bundesländer wollen gar nicht mehr so genau wissen, was sie in der Entwicklungszusammenarbeit tun.“³²

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Pressearbeit

Im vergangenen Jahr konnte Germanwatch unter der Koordination der Pressereferentin Larissa Neubauer erneut wichtige Themen in die nationalen und internationalen Medien bringen. Es waren sowohl die Fachreferenten als auch der Politische Geschäftsführer Christoph Bals und der Vorstandsvorsitzende Klaus Milke gefragt, wenn es um die Einordnung politischer Ereignisse ging. So konnte sich Germanwatch durch die Analyse verschiedener Energieszenarien bereits in der Diskussion um das neue Energiekonzept der Bundesregierung im September 2010 einbringen. Die Reaktorkatastrophe von Fukushima und die Bedeutung für die Energiepolitik auf nationaler und internationaler Ebene wurden durch eine begleitende Pressearbeit kommentiert. Die energiepolitischen Eckpfeiler³³, die in guter Zusammenarbeit mit anderen Umwelt- und Entwicklungsorganisationen sowie Kirchen und Unternehmen entwickelt wurden, haben die Debatte weiter bereichert. Bei der öffentlichen Abschlussdiskussion der Ethik-Kommission zur Energiewende, die bei Phoenix live übertragen wurde, konnte Klaus Milke die Ergebnisse mitbewerten.

Wie bereits in den Vorjahren erhöhte sich die Nachfrage nach einer politischen Einordnung der Klimaverhandlungen vor allem rund um den Klimagipfel, der 2010 in Cancún stattfand. Germanwatch-

³¹ www.germanwatch.org/ez/oda10.htm

³² www.germanwatch.org/ez/bulae11.htm

³³ www.germanwatch.org/presse/2011-04-14a.htm

Fachreferenten standen mehrfach als Klimaexperten zur Verfügung. Auch Christoph Bals wurde während der Verhandlungen von mehreren Radio- und Fernsehsendern interviewt. So waren seine Statements u. a. in den ZDF-Heute-Nachrichten um 19 Uhr als auch in der 20-Uhr-Tagesschau der ARD und den Tagesthemen zu sehen. In zwei längeren Porträts der Sendung NANO auf 3Sat wurde die Organisation Germanwatch und ihre Arbeit vorgestellt und der Vorsitzende Klaus Milke porträtiert.

Die Germanwatch-Publikationen mit der umfangreichsten Medienresonanz waren der Klimaschutz-Index sowie der Klima-Risiko-Index, die wir auf dem Klimagipfel in Cancún präsentierten. Zu beiden Indizes gab es durch die hohe internationale Medienaufmerksamkeit während des Gipfels Berichte in mehr als 100 Ländern. Neben Meldungen der großen Agenturen, u. a. DPA und AFP, gab es ebenfalls Artikel in allen wichtigen deutschen Printmedien. Um nur wenige Beispiele zur Medienresonanz des Klimaschutz-Index zu nennen: In Deutschland erschienen Beiträge u. a. in den gedruckten und/oder Online-Ausgaben von Süddeutsche Zeitung, ZDF, Die Welt, Hamburger Abendblatt, Focus, Hamburger Morgenpost, Stern. Insbesondere durch den umfangreichen Artikel auf Spiegel Online³⁴ und die erstellte Flash-Grafik von Spiegel Online³⁵ erfuhr der Index eine besondere Beachtung. Unter den Nachrichtenagenturen berichteten u. a. DPA, AFP. Besonders erfreulich ist die weltweite Medienresonanz – einige dieser Beiträge haben wir sowohl für den Klimaschutz-Index als auch für den Klima-Risiko-Index in einem Online-Pressespiegel dokumentiert.³⁶



Als wichtiges Instrument zur Information von Medienvertretern nutzten wir Hintergrundgespräche mit Journalisten, wie z. B. im Herbst 2010 im Hessischen Rundfunk oder im Frühjahr 2011 zusammen mit Südpartnern aus Honduras, Senegal und Jamaika. Diskutiert wurden Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel in den jeweiligen Ländern, die auch durch den internationalen Anpassungsfonds finanziell unterstützt werden.

Ebenfalls medial erfolgreich war der makeITfair-Aktionstag, der am 7. Mai 2011 in mehreren deutschen und europäischen Städten sowie in Hong Kong, Taiwan und Mexiko stattfand. So erschien eine DPA-Meldung auf den Online-Seiten zahlreicher deutscher Tageszeitungen, außerdem gab es Beiträge in der taz sowie auf Spiegel Online. Ziel war es, auf die Arbeitsbedingungen bei Zuliefererbetrieben in China hinzuweisen, die u. a. für Apple tätig sind. In Berlin wurden faire Stücke des „Apfelkuchens“ verteilt, die für die ArbeiterInnen eingefordert werden. Daraus resultierte auch ein Bericht mit Cornelia Heydenreich im Medienmagazin ZAPP des NDR.

Öffentlichkeitsarbeit

Die Kernaufgabe von Germanwatch im Bereich Öffentlichkeitsarbeit ist die Aufbereitung und Veröffentlichung von fundierten Informationen zu unseren Themenbereichen. Dafür nutzen wir neben der Pressearbeit diverse Kommunikationsinstrumente, -kanäle und Anlässe, die wir im Folgenden kurz skizzieren.

20 Jahre Germanwatch

Den Geburtstag von Germanwatch im Jahr 2011 haben wir zum Anlass genommen, neben unseren wichtigen Themen einmal unsere Erfolge der vergangenen zwei Jahrzehnte in den Mittelpunkt zu stellen und unsere Arbeit einer breiteren Öffentlichkeit zu präsentieren (siehe www.germanwatch.org/20). Besonders hervorzuheben sind:

- Der Festabend am 14. April 2011, u. a. mit Umweltminister Norbert Röttgen und Ex-Umweltminister Jürgen Trittin sowie das Symposium „Entwicklungsland Deutschland“ am 15. April 2011, u. a. mit Prof. Klaus Töpfer (jetzt Direktor des IASS), Dr. Kumi Naidoo (Direktor Greenpeace International), Dr. Michael Otto (Otto-Group u. Sprecher der 2-Grad-Initiative), Bärbel

³⁴ www.spiegel.de/wissenschaft/natur/0,1518,733063,00.html

³⁵ www.spiegel.de/flash/flash-24916.html

³⁶ www.germanwatch.org/klima/ks111pres.htm und www.germanwatch.org/klima/kri111pres.htm

Dieckmann (Präsidentin der Deutschen Welthungerhilfe), Prof. Angelika Zahrt (Ehrenvorsitzende des BUND) und Prof. Robert Watson (DEFRA UK).³⁷

- Die Sonderausgabe der Weitblick-Zeitung³⁸
- Der Flyer „20 x Germanwatch - Stationen und Erfolge“³⁹

Publikationen (Online und Print)

Mit unseren zahlreichen Veröffentlichungen und Materialien stellen wir zielgruppengerecht aufbereitete Informationen zur Verfügung, mit denen wir sowohl eine breite Öffentlichkeit als auch ExpertInnen, EntscheidungsträgerInnen und MultiplikatorInnen (insbesondere Journalisten und LehrerInnen) erreichen. Die Koordination und zu einem großen Teil auch die Durchführung der redaktionellen Arbeiten liegt seit Mai 2010 in der Hand von Katrin Fillies.

Fast alle Publikationen bieten wir kostenfrei und umweltfreundlich auf unserer Website zum Download an (www.germanwatch.org/pub). Weiterhin können gedruckte Exemplare gegen eine geringe Schutzgebühr und einen Versandkostenbeitrag bei uns bestellt werden, was über 15.000 Mal genutzt wurde – vor allem unsere gefragten Bildungsmaterialien wurden häufig in Klassensatzstärke angefordert.

Hinsichtlich unserer Publikationen und anderer Elemente der Außendarstellung ist ein wichtiges Projekt, dem wir uns in naher Zukunft widmen möchten, die Erstellung eines Corporate-Design-Leitfadens.

Unser wichtigstes regelmäßig erscheinendes Informationsangebot ist die unter redaktioneller Leitung von Daniela Baum und Dörte Bernhardt erstellte Zeitung Weitblick: Es erschienen fünf Ausgaben mit einer Gesamtauflage von über 500.000 (Beilage in der taz und zusätzlich Versand an 12.500 Abonnenten). Unser Email-Newsletter KlimaKompakt (und KlimaKompakt Spezial) wurde neun Mal an jeweils über 5.600 Empfänger verschickt – den Abonnentenkreis konnten wir im letzten Jahr um knapp 400 erweitern.

Veranstaltungen

Germanwatch hat in den letzten 12 Monaten über 100 Veranstaltungen durchgeführt: Workshops/Seminare, Kongresse/Fachtagungen, Diskussionsveranstaltungen, Fachgespräche, Ausstellungen etc. Neben den oben erwähnten Jubiläumsveranstaltungen seien hier zwei weitere exemplarisch genannt: der schon zur Tradition gewordene Einsatz beim Kirchentag (Juni 2011, Dresden) und das Symposium „The Great Transformation – 100 % Future“ (16.9.10, Bonn).

Kampagnen- und Projektarbeit

Mit den Instrumenten der Öffentlichkeitsarbeit wurde auch die Germanwatch-Kampagnen- und -Projektarbeit unterstützt. Insbesondere für:

- 100 Prozent Zukunft (www.100prozentzukunft.de)
- makeITfair (www.germanwatch.org/makeitfair)
- Mensch Macht Milch (www.germanwatch.org/handel/mmm)
- Rechte für Menschen - Regeln für Unternehmen (www.germanwatch.org/corp/rm-ru)

Internet

Das Herz unserer Online-Arbeit bildet weiterhin die Germanwatch-Webseite (www.germanwatch.org) mit hervorragenden Besucherzahlen. Da diese Seite bereits seit 14 Jahren im Einsatz ist und sich eine Erneuerung angesichts der Dynamik unserer Arbeit sehr lohnen würde, wird sie derzeit komplett überarbeitet und soll im Herbst 2011 relaunched werden. Im Jahr 2010 hatte die Website 4,6 Mio. HTML-Seitenzugriffe (2009: 4,3 Mio.) und 635.000 Besuche (unverändert gegenüber 2009).⁴⁰

³⁷ Ausführlicher Bericht siehe www.germanwatch.org/gwselbst/jub11bericht.pdf

³⁸ www.germanwatch.org/gwselbst/weitblick-jubilaem.pdf

³⁹ www.germanwatch.org/gwselbst/20stationen.htm

⁴⁰ Die von unserem Internetprovider installierte Statistik-Software zählt die PDF-Downloads bei der Ermittlung der Besuche nicht mit. Besucher greifen jedoch zunehmend über Suchmaschinen oder Links auf anderen Websites direkt auf unsere PDF-Dateien zu – die Zahl der Besucher wird aufgrund dieses Effekts von unserer Statistik-Software zunehmend unterschätzt.

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Auch im vergangenen Jahr hat Germanwatch eng mit anderen Organisationen und Partnern zusammen gearbeitet. Dadurch konnten viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden und wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen. So wichtig unsere Vernetzungsstrategien auch sind, sie stellen auch eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Mitgliedschaften von Germanwatch

Agrarbündnis, AK Energie der Deutschen Physikalischen Gesellschaft, Attac, Bananenkampagne, Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER), Climate Action Network (CAN), Deutscher Naturschutzring (DNR), Die Klima-Allianz, Eine Welt Netz NRW, Eine Welt Netzwerk Bayern, Eine Welt Netzwerk Hamburg, Erlassjahr.de, European Business Council for Sustainable Energy (e5), European Climate Forum, Forum Menschenrechte, Forum Nachhaltige Geldanlagen, Forum Umwelt und Entwicklung, Global Campaign for Climate Action (GCCA) / tcktctck Campaign, Global Challenges Network (GCN), Global Compact, GoodElectronics Netzwerk, Greenskies, Munich Climate Insurance Initiative (MCII), Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze, Nord Süd Forum München, NRO-Netzwerk Corporate Accountability (CorA-Netzwerk), OECD Watch, Ökowerk NRW, Our World is Not For Sale (OWINFS) + Seattle to Brussels Network (S2B), Publish what you pay, Renewables Grid Initiative (RGI), Steuer gegen Armut, Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO), Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv), Zukunftsrat Hamburg.

Arbeitsgruppen / Arbeitskreise etc., in denen wir aktiv sind, werden hier nicht separat aufgeführt, sofern sie innerhalb eines hier genannten Dachverbands angesiedelt sind.

Germanwatch, Stiftung Zukunftsfähigkeit, atmosfair - Wie gehören sie zusammen?

Aus Germanwatch – gegründet 1991 – entwickelte sich die 1997 gegründete Stiftung Zukunftsfähigkeit, nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf selbst nicht in größerem Umfang Geld langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.

Die Stiftung ergänzt durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z. B. für die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge oder durch Moderationstätigkeiten bei den Klimaverhandlungen mit Delegierten aus Entwicklungsländern. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die hierauf nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen, das nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr darstellt. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums Mitglieder im Integritäts-Beirat von atmosfair.



E Finanzbericht für das Kalenderjahr 2010

von Lutz Morgenstern (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2010 betragen rund 2.152.000 Euro (vgl. Tab. E.1). Sie steigerten sich gegenüber dem Vorjahr um rund 5,2 Prozent und lagen damit wiederum auf dem bislang höchsten Niveau der Vereinsgeschichte. Hauptgrund für das Wachstum ist, dass Germanwatch deutlich mehr Zuschüsse für Projekte einwerben konnte (insbesondere von der European Climate Foundation). Die Anzahl der Zuschussgeber ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität und Seriosität unserer Arbeit; zudem ist das große Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit von Germanwatch. Dabei hat es im Vergleich zum Vorjahr sowohl hinsichtlich der Anzahl der Zuschussgeber als auch des Volumens ihrer Förderung eine Verschiebung in Richtung privater Zuschussgeber gegeben. Bei der Höhe der Einnahmen – sowohl insgesamt als auch bei der Betrachtung einzelner Projekte – ist zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen (und dementsprechend auch der Ausgaben) zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1 + E.2). Wichtigstes Beispiel hierfür ist ein vom BMZ bezuschusstes Projekt zum Thema „Klima- und entwicklungsfreundliche EU-Agrarpolitik“, in dem Germanwatch vereinbarungsgemäß BMZ-Gelder an die Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft weitergereicht hat. Mit den Mitteln hat diese Partnerorganisation ihren Teil der Projektaktivitäten durchführt. Berücksichtigt man diesen Unterschied, so betragen die Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit 2010 im steuerlich so genannten „ideellen Bereich“ rund 1.549.000 €. Für externe, also von Partnern in deren Verantwortung durchgeführte Projektarbeit, waren es rund 112.000 €.

Gegenüber dem Vorjahr ist der Umfang des steuerlichen „Zweckbetriebs“ praktisch gleich geblieben; der des „wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs“ hat sich ungefähr halbiert. Teile der Aktivitäten zur Klimaexpedition wurden wie bereits 2009 dem Zweckbetrieb zugeordnet. Zu den Aktivitäten, die dem „wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ zuzuordnen sind (weil wir uns an öffentlichen Ausschreibungen beteiligt hatten, an denen auch umsatzsteuerpflichtige Unternehmen teilnehmen konnten) zählte insbesondere ein Projekt zur Anpassungspolitik im internationalen Klimaschutzregime.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und der Zuschuss der Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können flexibel eingesetzt werden, beispielsweise um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und kofinanzieren sowie um Kosten zu decken, die für die Arbeit von Germanwatch essentiell sind, aber von öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder nur selten bezuschusst werden – beispielsweise die Zahlungen für Büromieten.

Die Mitgliedsbeiträge beliefen sich 2010 auf insgesamt rund 66.000 € und stiegen damit erfreulicherweise – bei weiterhin unveränderten Beitragssätzen – aufgrund der gewachsenen Mitgliederzahl um 7 Prozent. Die Spendeneinnahmen hingegen gingen um 8,5 Prozent zurück, was wir darauf zurückführen, dass vor allem wegen des Kopenhagener Klimagipfels im Vorjahr das Spendenniveau außergewöhnlich hoch ausgefallen war. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Ihre Zuwendung in Höhe von 20.000 € war zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden.

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser ausdrücklicher Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang von ehrenamtlichen Helferinnen und Helfern geleistete Arbeit sowie die vielen unbezahlten Überstunden hauptamtlicher Kräfte, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nicht enthalten sind, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2010 und Vergleich zu 2009

Ideeller Bereich			
A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit			
	<u>2009</u>	<u>2010</u>	
	€	€	
1. Mitgliedsbeiträge	61.477,09	65.754,43	
2. Spenden	115.256,50	105.448,58	
3. Förderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00	20.000,00	
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projekte	1.214.780,69	1.529.494,95	
5. Zuschüsse für externe Projekte	203.759,63	112.130,21	
6. Sonstige Einnahmen	88.202,89	52.116,96	
	<u>1.703.476,80</u>	<u>1.884.945,13</u>	
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit			
7. Löhne und Gehälter	587.514,61	773.128,52	
8. Soziale Abgaben	123.914,09	155.414,78	
9. Fremdhonorare	231.618,65	256.522,48	
10. Miete/Mietnebenkosten	33.529,89	47.386,82	
11. Abgaben/ Versicherungen	714,71	917,08	
12. Beiträge	6.011,00	39.250,00	
13. Werbe- und Reisekosten	94.193,15	92.664,25	
14. Instandhaltungen und Kleingeräte	20.968,29	27.668,63	
15. Abschreibungen	9.444,92	13.942,36	
16. Wertberichtigung Forderung	600,00	0,00	
17. Porto	68.611,49	84.486,05	
18. Telefon	13.097,99	19.808,28	
19. Kopier- und Faxkosten	14.551,68	17.717,99	
20. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	222.262,66	209.796,62	
21. externe Projektarbeit	203.759,63	112.130,21	
22. Bürobedarf	7.804,23	9.477,66	
23. Bücher und Zeitschriften	2.200,63	3.609,28	
24. Weitergeleitete Gelder	0,00	0,00	
25. Jahresabschluss-Buchhaltungskosten	13.717,38	11.514,09	
26. Sonstiges	2.230,04	4.641,13	
	<u>1.656.745,04</u>	<u>1.880.076,23</u>	
C. Laufendes Ergebnis	46.731,76	4.868,90	
D. Ausgabenüberschuss Finanzierungsbereich			
27. Finanzergebnis	-1.408,70	-1.259,28	
	<u>45.323,06</u>	<u>3.609,62</u>	
E. Einnahmenüberschuss Finanzierungsbereich			
28. Zinseinnahmen	7.675,48	6.430,42	
F. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	<u>52.998,54</u>	<u>10.040,04</u>	
Gesamtergebnis 2010			
	<u>Einnahmen</u>	<u>Ausgaben</u>	<u>Einnahmenüberschuss</u>
ideeller Bereich	1.884.945,13	1.880.076,23	4.868,90
Vermögensverwaltung	6.430,42	1.259,28	5.171,14
Zweckbetrieb	178.656,50	198.107,64	-19.451,14
wirtschaftlicher Geschäftsbetrieb	81.706,09	44.369,83	37.336,26
Summe	2.151.738,14	2.123.812,98	27.925,16

Tab. E.2: Zuschüsse im Jahr 2010 und Vergleich zu 2009

Verbandszuschuss	<u>2009</u> €	<u>2010</u> €
European Climate Foundation	260.536,50	730.284,00
Misereor	0,00	72.180,00
Climate Works Foundation	0,00	66.127,28
Global Campaign for Climate Action	103.423,86	47.202,63
Brot für die Welt	35.000,00	29.838,91
Stiftung Zukunftsfähigkeit	20.000,00	20.000,00
Münchener Rück Stiftung	0,00	6.999,70
CorA-Netzwerk (Übernahme des Restguthabens zur Verwaltung der CorA-Finzen durch Germanwatch)*	0,00	5.409,33
Evangelischer Entwicklungsdienst (eed), Bonn	13.377,08	5.000,00
ICLEI - Local Governments for Sustainability	0,00	5.000,00
Humboldt-Stiftung	6.400,00	4.000,00
Smart Energy for Europe Platform (SEFEP)	0,00	3.000,00
Bundesverband Deutscher Milchviehhalter	0,00	3.000,00
Stiftung Menschenwürde und Arbeitswelt	0,00	2.500,00
Deutsche Bundesstiftung Umwelt	0,00	2.250,00
DAKT - Die andere Kommunalpolitik Thüringen e.V.	0,00	2.000,00
Heinrich-Böll-Stiftung	2.000,00	1.000,00
Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung	0,00	881,29
Ecofys	18.300,00	0,00
WWF-UK	10.390,00	0,00
Oekom Research AG	7.500,00	0,00
Stiftung Internationale Begegnung der Sparkasse in Bonn	4.000,00	0,00
Development Fund	2.000,00	0,00
Campagne International	2.000,00	0,00
Oxfam Deutschland	2.000,00	0,00
Stiftung Umverteilen	500,00	0,00
	<u>487.427,44</u>	<u>1.006.673,14</u>
Davon vorausgezählte Zuschüsse für Projekte im Jahr 2011:	<u>-173.271,00</u>	<u>-288.902,00</u>
	<u>314.156,44</u>	<u>717.771,14</u>
Zuschuss von Behörden	<u>2009</u> €	<u>2010</u> €
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ), Bonn (nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2010: EUR 27.935,76)	230.319,00	275.546,00
Umweltbundesamt (UBA), Berlin	209.030,00	229.169,00
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (über Verbraucherzentrale Bundesverband)	82.690,00	77.675,52
Europäische Kommission (über CAN Europe)	5.337,70	76.185,11
Europäische Kommission (über SOMO)	64.716,55	75.355,37
Europäische Kommission (nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2010: EUR 78.785,46)	281.056,58	73.664,39
InWEnt NRW	33.714,73	39.120,00
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) (nachrichtlich: davon für externe Projektarbeit 2010: EUR 5408,99)	182,39	36.995,00
Europäische Kommission (über RAC-France)	63.644,30	31.822,00
Ministerium für Umwelt, Forsten und Verbraucherschutz Rheinland-Pfalz	9.960,47	28.109,30
BMU (über Forum Umwelt und Entwicklung)	24.264,15	15.351,39
Landesstelle für Entwicklungszusammenarbeit Berlin	0,00	10.500,00
BMZ (über Forum Umwelt und Entwicklung)	6.000,00	1.000,00
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	164.324,27	0,00
Europäische Kommission (über Practical Action)	23.647,41	0,00
Europäische Kommission (über VENRO)	2.000,00	0,00
Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (über KLJB)	-53,67	0,00
	<u>1.200.833,88</u>	<u>970.493,08</u>
Davon vorausgezählte Zuschüsse für Projekte im Folgejahr:	<u>-76.450,00</u>	<u>-26.639,06</u>
	<u>1.124.383,88</u>	<u>943.854,02</u>

* Am 23.12.10 ging die Finanzverwaltung des CorA-Netzwerks, eines Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten, und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat, an Germanwatch e.V. über

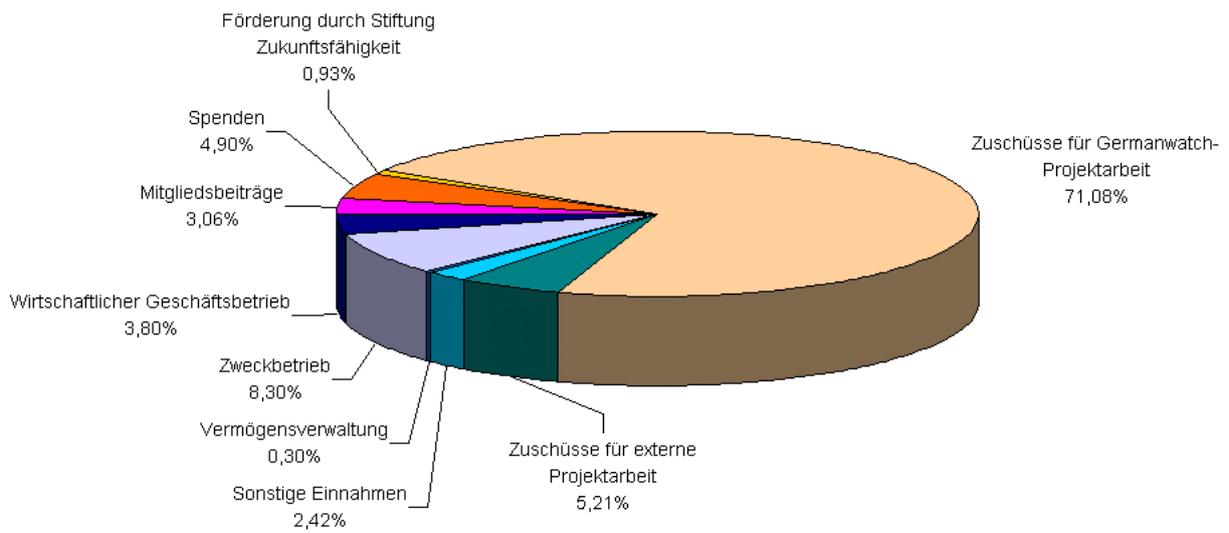


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2010

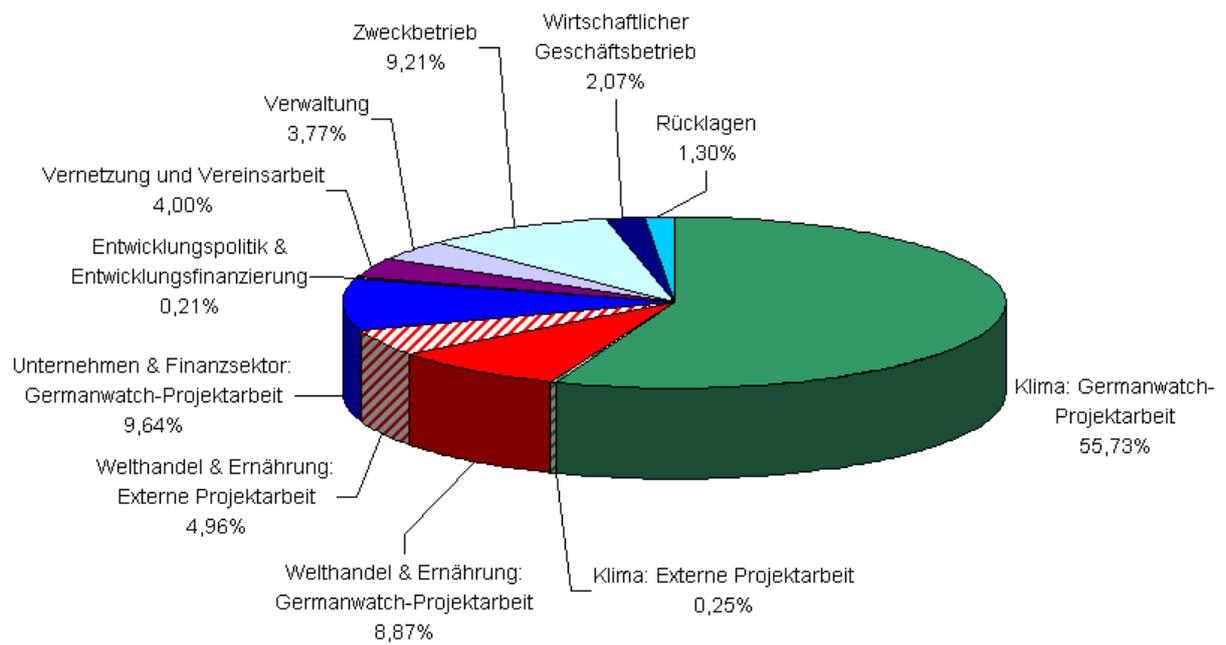


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2010

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Der mit Abstand größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf den Arbeitsschwerpunkt Klima (55,7 Prozent der Ausgaben), gefolgt von den Arbeitsschwerpunkten Unternehmen & Finanzsektor (9,6 Prozent) und Welthandel & Ernährung (8,9 Prozent). Hierbei ist zu berücksichtigen, dass wir auf ein möglichst gutes strategisches Zusammenspiel der Arbeitsbereiche achten, was dazu führt, dass beispielsweise im Klimabereich die Ernährungssicherung eine wichtige Rolle spielt – wie etwa in unseren Projekten zum Thema Anpassung.

Das Thema „Entwicklungspolitik und Nord-Süd-Verantwortung“ spielt in allen Arbeitsschwerpunkten eine integrale Rolle, ist aber auch ein eigenständiger Arbeitsbereich mit dem Fokus auf Entwicklungsfinanzierung (siehe S. 27), allerdings mit geringer sichtbarer finanzieller Ausstattung. Dies ist darin begründet, dass uns der federführende Mitarbeiter Ludger Reuke dankenswerterweise als „Ein-Euro-Mitarbeiter“ zur Verfügung stand.

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass die Kosten in den meisten Bereichen gestiegen sind, was auf den gestiegenen Umfang der Projektarbeit und das damit gestiegene Finanzvolumen zurückzuführen ist.

Den größten Anteil stellen die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) mit zusammengekommen rund 929.000 € dar. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Honorarkräfte kommen nur in geringerem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Dass wir bei unserer Arbeit, die den besonders verletzlichen Menschen vor allem in den Entwicklungsländern zu Gute kommen soll, auf die Politik und Wirtschaft des „Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen konzentrieren, führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Wir fördern in aller Regel keine Infrastrukturprojekte mit Partnern im Projektland. Durch diesen Unterschied weist unser Budget einen relativ hohen Anteil an eigenen Personalkosten auf.

Die Beiträge, die Germanwatch für Mitgliedschaften in Netzwerken zahlt, sind erheblich gestiegen. Dieser Anstieg fand jedoch fast ausschließlich in Bereichen statt, in denen wir Beiträge als Bestandteil einer Projektfinanzierung einplanen konnten, so dass dies unser Budget nicht belastet hat. Deutliche Kostenanstiege sind ferner in den Bereichen Porto und Telekommunikation zu verzeichnen. Beim Porto ist dies auf den in 2010 erheblich gesteigerten Erscheinungstakt unserer Zeitung Weitblick zurückzuführen, die jeweils an rund 12.000 AbonnentInnen verschickt wird. Bei den Telefonkosten ist die Hauptursache die Nutzung neuer technischer Möglichkeiten sowie Telefonate im Ausland, die vor allem bei der besonders intensiven politischen und Pressearbeit beim Klimagipfel in Cancun anfielen und sich auch in entsprechend hoher Medienresonanz niederschlugen. Dazu kommen deutlich gestiegene Kosten für Mieten und Kopierer-Leasing, die mit zeitlicher Verzögerung dem Wachstum unseres Teams gefolgt sind, um unsere Arbeitsfähigkeit aufrecht zu erhalten. Die Aktivseite der Bilanz zeigt, dass sich unser Anlagevermögen trotz Abschreibungen in Höhe von ca. 15.000 € um 5.500 € vermehrt hat, weil wir notwendige Investitionen in die Büroinfrastruktur tätigen mussten.

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2010 weist einen Überschuss von 27.925,16 € auf und liegt damit erneut im positiven Bereich. Dies ist ein Ausdruck davon, dass Germanwatch große Anstrengungen für ein ausgeglichenes Ergebnis unternimmt und sich gleichzeitig für finanzielle Herausforderungen wappnet, die u. a. angesichts der Verschuldung der öffentlichen Haushalte zu befürchten sind. Auch sehen wir es im Sinne einer verantwortungsvollen und nachhaltigen Vorgehensweise als sinnvoll an, angesichts des Wachstums unseres jährlichen Budgets den absoluten Umfang der Rücklage auszubauen.

Der Zweckbetrieb wies in 2010 leider ein Defizit auf. Grund hierfür ist, dass die Kosten der diesem Bereich zugeordneten Klimaexpeditions-Aktivitäten nicht ausreichend durch Einnahmen gedeckt waren.

Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2011 gehen wir davon aus, dass auch im laufenden Jahr ungefähr ein ausgeglichenes Ergebnis realisiert werden kann, wenn wir unsere Anstrengungen zur Einwerbung von Projektmitteln sowie Spenden und Mitgliedsbeiträgen weiterhin so erfolgreich wie bisher fortsetzen.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs.3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Einnahmen-Ausgaben-Rechnung). Das Jahresergebnis für 2010 wurde entsprechend der Entscheidung der Mitgliederversammlung vom 25.9.2010 von Herrn Dipl. Betriebswirt (FH) Michael Weckbecker, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus Bonn, auf der Grundlage der von ihm durchgeführten Buchprüfung ermittelt. Damit wurde ein Wechsel vom vereidigten Buchprüfer und Steuerberater Rolf Reinhardt hin zu Herrn Weckbecker vollzogen. Herrn Reinhardt sind wir für die bisherige gute Zusammenarbeit zu großem Dank verpflichtet.

Germanwatch wurde zuletzt durch einen Bescheid vom 16.12.2009 als gemeinnützig im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung anerkannt, der nächste Bescheid ist im Jahr 2012 fällig.

Tab. E.3: Vermögensrechnung 31.12.2010 und Vergleich zum 31.12.2009

<u>AKTIVA</u>		<u>2009</u>	<u>2010</u>
		€	€
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	5.078,50	1.219,50
	2. Büroeinrichtung	169,50	3.936,50
	3. Computeranlagen	13.154,00	15.318,50
	4. Betriebs- und Geschäftsausstattung	1.832,00	6.384,50
	5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	47,50	12,00
	6. GWG Sammelposten	3.685,00	2.557,00
		<hr/>	<hr/>
		23.966,50	29.428,00
B.	<u>Finanzanlagen</u>		
	1. Wertpapiere	-	-
		<hr/>	<hr/>
		-	-
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Flüssige Mittel	580.200,85	699.096,68
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	3.467,67	7.902,91
	3. Forderungen aus Vereinsbereichen	-	-
	4. Sonstige Forderungen	71.252,18	61.095,88
		<hr/>	<hr/>
		654.920,70	768.095,47
D.	<u>Aktive Rechnungsabgrenzung</u>	-	-
	<u>Summe Besitzposten</u>	678.887,20	797.523,47
<u>PASSIVA</u>		<u>2009</u>	<u>2010</u>
		€	€
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Rücklagen gem. § 58 Nr. 7a AO	108.395,31	136.320,47
	b) Rücklagen gem. § 58 Nr. 6 AO	248.557,86	248.557,86
		<hr/>	<hr/>
		356.953,17	384.878,33
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	18.283,89	33.428,60
	sonstige Rückstellungen	4.000,00	4.000,00
		<hr/>	<hr/>
		22.283,89	37.428,60
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Girokontoverbindlichkeiten	-	-
	2. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26	6.712,26
	3. Durchlaufende Posten	-	-
	4. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	26.004,21	22.528,58
	5. Sonstige Verbindlichkeiten	17.212,67	30.434,64
	6. Währungsdifferenzen	-	-
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	249.721,00	315.541,06
		<hr/>	<hr/>
	<u>Summe Schuldposten</u>	678.887,20	797.523,47
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Abstimmung 2010:		
	Vermögen des Vereins 2009	356.953,17	
	Jahresüberschuss 2010	27.925,16	
		<hr/>	
	Vermögen des Vereins	384.878,33	
		<hr/> <hr/>	

F Ausblick

Die Zahl der Ernährungs-, Finanzmarkt- und Energiepreiskrisen steigt ebenso wie die Zahl der Wetterkatastrophen weltweit. Auch das Jahr 2012 verspricht in vielerlei Hinsicht ein Bewährungsjahr zu werden. Sind Politik, Wirtschaft, aber auch die Zivilgesellschaft in der Lage, diese Krisen kraftvoll anzugehen und dabei über einen auf Kurzfristigkeit setzenden Aktionismus hinauszukommen? Diese Frage stellt sich für die internationale Ebene, für die EU und für Deutschland.

Germanwatch sieht sich in diesem turbulenten Umfeld gut aufgestellt, die nächsten Monate anzugehen. Viele der Krisen haben direkten Einfluss auf unsere Arbeitsfelder. Sie alle liegen in der fehlenden Einbettung des Finanzmarktes in die Realwirtschaft, des ökonomischen Systems in die Gesellschaft und der Gesamtgesellschaft – einschließlich der Wirtschaft – in die ökologische Mitwelt begründet. Die „Große Transformation“ – ein Begriff, der von Karl Polanyi⁴¹ stammt, der vor mehr als 60 Jahren diese mangelnde Einbettung kritisiert hat – zeigt die entsprechende Notwendigkeit des gesellschaftlichen Umbaus an.

Die EU wankt unter der Verschuldens- und neuen Finanzmarktkrise, wankt in einer Zeit, in der eine Führungsrolle der EU in verschiedenen Themenfeldern dringend notwendig wäre: Bei der sozialen und ökologischen Bändigung des globalen Turbokapitalismus, bei Kooperationsansätzen zur Lösung der Klima- und Energiekrisen, bei der Weiterentwicklung des Multilateralismus, also beim Versuch, international politische Handlungsfähigkeit durch begrenzte Aufgabe von Souveränitätsrechten zu erlangen. Statt sich – 50 Jahre nach dem Mauerbau – auf die Abschottung von Flüchtlingen aus Nordafrika zu konzentrieren, sollte engagiert die Chance der Kooperation in der Mittelmeerregion nach den – zum Teil stecken gebliebenen – Aufbrüchen zum Aufbau von Demokratie und einem zukunftsfähigen Energiesystem genutzt werden. Am Beispiel von Somalia sollte die EU ein Modell entwickeln, wie gescheiterte Staaten – wo zentrale staatliche Funktionen kollabiert sind – in wetterbedingten Ernährungskrisen unterstützt werden können. Im Kontext des Klimawandels werden solche Situationen gehäuft auf uns zukommen.

Eng verbunden mit der Notwendigkeit der Großen Transformation ist die auf vielen Ebenen geführte Wachstumsdebatte. Auf der einen Seite bedarf es Wachstumsimpulse zur Armuts- und Schuldenbekämpfung sowie für den Umbau der Gesellschaften. Andererseits stoßen wir in immer mehr Feldern auf Grenzen des Wachstums – nicht mehr länger nur in Studien, sondern zunehmend in realer Erfahrung. Dieser Thematik werden wir uns verstärkt zuwenden.

Wir hoffen, dass die UN-Konferenz für Nachhaltige Entwicklung in Rio de Janeiro 2012 der notwendigen Transformation zu einer Green Economy – nicht nur einem grünen Anstrich der Wirtschaft – neue Impulse geben wird. Wir werden diese Fragestellung insbesondere mit bereits existierenden Projekten und Vorhaben verknüpfen.

Mit den Herausforderungen der letzten Jahre ist auch Germanwatch gewachsen. Einst mit zwei Personen in der Geschäftsstelle gestartet, haben wir heute etwa 30 MitarbeiterInnen. Im August hat der Vorstand nach einem mehrmonatigen Organisationsentwicklungsprozess wichtige Beschlüsse gefasst. Die Implementierung der aktuell getroffenen Beschlüsse für eine zusätzliche Leitungsebene und für ein verstärktes Qualitätsmanagement liegt nun in den nächsten Monaten vor uns.

Unser Außenauftritt im Internet wird gleichzeitig auch grundlegend überarbeitet – er soll moderner und ansprechender werden und eine bessere Hinführung der Besucher zu den Informationen ermöglichen. Schon längst finden die meisten Kontakte mit Germanwatch über das Netz statt.

Wir freuen uns auch auf einen lebhaften Austausch mit Ihnen – sei es per E-Mail oder Telefon, im direkten Kontakt bei einer unserer Veranstaltungen oder auf anderem Wege!

⁴¹ Karl Polanyi, ungarisch-österreichischer Wirtschaftshistoriker und Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler. Seine vom Mainstream der traditionellen ökonomischen Lehre abweichende theoretische Position und seine fruchtbare Verbindung von Wirtschaftstheorie, Politikwissenschaft und Kulturanthropologie, die sich in zahlreichen und ein breites Themenfeld behandelnden Publikationen niederschlug, machte ihn bekannt. Besonders bedeutend wurde sein einflussreiches Buch *The Great Transformation*, das zu den Hauptwerken der Soziologie gezählt wird und die Notwendigkeit der gesellschaftlichen Einbettung einer Wirtschaft begründete, die sonst menschliche Existenzen zum willkürlichen Spielball macht.

G Publikationen, Pressemitteilungen und Veranstaltungen

Falls Sie Germanwatch-Publikationen bestellen oder herunterladen, unsere aktuellen und bisherigen Pressemitteilungen lesen oder sich über zukünftige und durchgeführte Veranstaltungen informieren möchten, so finden Sie diese unter:

- Publikationen und kostenlose Abos: www.germanwatch.org/pub
- Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/presse
- Veranstaltungen: www.germanwatch.org/termine
- Weitere Informationen: www.germanwatch.org

Unser Leitbild

Hinsehen, analysieren, einmischen - für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen. Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unserer Arbeit. Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern und mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir engagieren uns für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.

Wir sind eine unabhängige Entwicklungs- und Umweltorganisation, die sich für eine zukunftsfähige globale Entwicklung einsetzt. Zukunftsfähig heißt für uns sozial gerecht, ökologisch verträglich und ökonomisch tragfähig.

Unseren Zielen wollen wir näher kommen, indem wir uns für faire Handelsbeziehungen, für einen verantwortlich agierenden Finanzmarkt, für die Einhaltung der Menschenrechte und für die Vermeidung eines gefährlichen Klimawandels stark machen. Welthandel und Ernährung, Klimaschutz und Anpassung, Unternehmensverantwortung, Nachhaltigkeit im Finanzsektor sowie Entwicklungsfinanzierung sind unsere Themen.

Wir sehen hin, analysieren und mischen uns ein. Dabei konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen.

Wir beobachten in Deutschland, Europa und auf internationaler Ebene die für unsere Ziele relevanten Akteure aus Politik und Wirtschaft. Auf der Grundlage wissenschaftsbasierter Analysen informieren wir die Öffentlichkeit, leisten Bildungs- und Lobbyarbeit und zeigen den Verbraucherinnen und Verbrauchern Wege auf, wie sie unseren Zielen entsprechend handeln können. Dabei sind wir mit Organisationen sowie Einzelpersonen aus dem Süden und mit Entwicklungs- und Umweltorganisationen weltweit eng vernetzt.

Um unsere politischen Ziele zu erreichen, arbeiten wir auch mit Unternehmen, Gewerkschaften und Verbraucherschutzorganisationen zusammen. Für unser Verhältnis zu Unternehmen gilt die Maxime: Kooperation wo möglich, Konfrontation wo nötig – je nachdem, wie Nachhaltigkeitskriterien am wirkungsvollsten durchgesetzt werden können.

Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden ist der Ausgangspunkt unserer Arbeit.

Politik und Weltmarktstrukturen sowie der inzwischen immer häufiger kopierte ressourcenintensive Wirtschaftsstil des Nordens beeinflussen das Leben der Menschen weltweit. Wir setzen uns für Rahmenbedingungen ein, die gerade auch den Menschen im Süden eine Zukunft geben, die durch die ungezügelter Globalisierung an den Rand der Gesellschaft gedrängt oder durch den Verlust ihrer ökologischen und ökonomischen Lebensgrundlagen in ihrer Existenz bedroht werden.

Gemeinsam mit unseren Mitgliedern und Förderern sowie mit anderen Akteuren der Zivilgesellschaft wollen wir eine starke Lobby für eine nachhaltige Entwicklung sein.

Wir sind ein hoch motiviertes Team aus Haupt- und Ehrenamtlichen mit langjähriger Erfahrung und Expertise im Entwicklungs- und Umweltbereich. Mit Kreativität und strategischem Weitblick wollen wir unseren Zielen kontinuierlich näher kommen.

Damit wir unsere Unabhängigkeit sichern können, sind wir auf die Spenden und Beiträge unserer Mitglieder und Förderer sowie auf Zustiftungen zu unserer Stiftung Zukunftsfähigkeit angewiesen. Wir freuen uns über jede finanzielle und ideelle Unterstützung von Menschen, die unsere Überzeugungen teilen.